

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (1926)

„Bis hierher und nicht weiter!“

Während fast die gesamte deutschbürgerliche Presse zu dem Verhalten der deutschen bürgerlichen Parteien in dem Kampf um die Zölle schweigt und sich damit an den Veräntwortlichen dieser Parteien mitschuldig macht, ruft ihnen die deutschdemokratische „Bohemia“, wie wir an anderer Stelle berichtet, ein „Bis hierher und nicht weiter!“ zu. In dem Spiegel, den das Blatt den deutschbürgerlichen Parteien vorhält, kann die Bevölkerung die andere Seite des Januskopfes dieser Parteien sehen; zur Zeit der Wahlen bekam sie die volksfreundlich verklärten Züge zu Gesicht, jetzt starrt ihr die Frage der Habgier und des brutalsten Klassenegoismus entgegen. Eigentlich müsste man glauben, es gehöre auch für ein bürgerliches Blatt nicht viel an anständiger Gesinnung dazu, um sich der Läten der im Deutschen Verband vereinigten Agrarier, Christlichsozialen und Gewerbetreibender in die Seele hinein zu schämen, aber bei der Seltenheit, mit der die bürgerliche Presse den Mut zur Wahrheit und Offenheit aufbringt, kann man der „Bohemia“ die Anerkennung nicht verweigern. Das Blatt fällt sein scharfes Urteil gegen die deutschen Verbandsparteien nicht nur wegen ihres Eintretens für die Lebensmittelzölle, sondern auch und vor allem wegen ihrer Skrupellosigkeit, mit der sie die früher verachteten und bekämpften Methoden der Koalition bei der parlamentarischen Behandlung der Zollfrage zu den ihren gemacht haben. Und doch ist das von der „Bohemia“ entworfene Bild der deutschbürgerlichen Zollwucherer kein vollständiges.

Die Zeitungen und Flugblätter, mit denen vor den Wahlen die deutschbürgerlichen Parteien die Wähler übersüeten und in denen für die deutsche Einheitsfront mit dem Mitteln einer gerissenen Jahrmarktstrolache Propaganda gemacht wurde, sind verflattert und wie diese Parteien hoffen — auch vergessen. Auf die Vergesslichkeit wird nun spekuliert und geändert. Wer die deutsche Einheitsfront nicht mitmachen wollte, der war ein nationaler Verräter, wert, den Ebern im Teutoburger Walde zum Fraße vorgeworfen zu werden. Als die Einheitsfrontler dann unter sich uneinig wurden, weil ihnen die Mandate höher standen, als die berühmten deutschen Belange, und um dieser Mandate willen die gegen die deutschen Sozialdemokraten gebildete nationale Einheitsfront sich zerbrach, bildeten die deutschen Aktivisten die neue nationale Einheitsfront gegen Lodgman, dessen Partei in die Pfanne zu hauen als höchstes nationales Gebot verkündet wurde, weil sie es mit der deutschen Einheitsfront nicht genug ehrlich gemeint habe. Die Wahlen funktionierten den Schwindel und nun brach, wie die christlichsozialen „Deutsche Presse“ damals verkündete, ein „neuer Abschnitt in der Geschichte des tschechoslowakischen Staates“, an. Es wurde im Parlament der deutsche Block geschaffen, dem die Christlichsozialen, der Bund der Landwirte, die Gewerbetreibenden, die deutschen Nationalsozialisten und die ungarische Nationalpartei beitraten. Dieser Block sollte „der Träger der nationalen Politik des Sudetendeutschums“ werden, er sollte die Gewähr sein für die Sicherung einer einheitlichen nationalen Arbeit.

Die erste Probe hat der Träger der nationalen Politik des Sudetendeutschums eben bei der Zollfrage abgelegt. Vergessen waren alle Verheißungen und Versprechungen, mit fliegenden Fahnen gingen die Verbände in das Lager der tschechisch-slowakischen Brotverteuerer über. Der Zusammenstoß der beiden nationalen Lager zu einer internationalen Einheit, um die Profitinteressen gewisser bester Klassen zu fördern, war gewiß keine Neuerung, obwohl in diesem Falle große Schichten der deutschen Christlichsozialen und deutschen Gewerbetreibender selbst vom Standpunkte ihrer rein materiellen Interessen gar vieles einzuwenden haben. Aber was das Verhalten der deutschen Verbände zu einem

Billudski nimmt die Wahl nicht an.

Im ersten Wahlgang mit 292 Stimmen gewählt gegen 193 Stimmen, die auf den nationaldemokratischen Gegenkandidaten entfielen.

Warschau, 31. Mai. Die Nationalversammlung, die zur Wahl des polnischen Staatsoberhauptes zusammengetreten ist, hat die Sitzung pünktlich um 10 Uhr begonnen. Der Sejmarschall Katak leitete die Verhandlungen. Es sind fast sämtliche Abgeordneten und Senatoren anwesend, nur fünf Abgeordnete und sechs Senatoren haben sich nicht eingefunden.

Für die Wahl des Präsidenten der Republik wurden zwei Kandidaten vorgeschlagen: 1) der ehemalige Wojwode Adolf Winicki und 2) Marschall Josef Billudski. Das Ergebnis des ersten Wahlganges war folgendes: Josef Billudski erhielt 292 Stimmen und ist demnach gewählt. Der Gegenkandidat Adolf Winicki erhielt 193 Stimmen.

Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses teilte Sejmarschall Katak mit, daß er sich unverzüglich zu Billudski begeben werde, um ihn von dem Ergebnis zu verständigen.

Gegen 1 Uhr teilte der Sejmarschall Katak in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Bartel vor Vertretern der polnischen Presse mit, daß Marschall Billudski die Wahl zum Präsidenten nicht angenommen hat. Sein Bescheid, so erklärte Katak, sei unwiderruflich. Ansolgedessen hat der Sejmarschall Katak für morgen 10 Uhr die Nationalversammlung wiederum einberufen, um die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorzunehmen.

Die Gründe der Ablehnung.

Marschall Billudski hat die auf ihn gefallene Wahl mit der Begründung abgelehnt, in den Fischen des Wahlergebnisses könne für seine Aufstellung der Wille zur Säuberung nicht hinreichend zum Ausdruck. Doch habe er vor dem Sejm diesen Willen als Voraussetzung für die Annahme einer Wahl gefordert. Marschall Billudski schlägt zwei andere Kandidaturen vor, und zwar die Hochschullehrer Professor Koszicki aus Lemberg und Professor Radzichowski, Professor der Philosophie in Wilna.

ausgesprochenen Verrat macht, das ist, daß sie, um ihr Ziel, die Buderzölle und die Erhöhung der Pflanzengehalte zu erreichen, sich der Führung der tschechisch-bürgerlichen Parteien restlos unterordneten, keine Scham und keine Hemmungen mehr kannten und von der Parlamentsquillotine, den nichtswürdigen und rücksichtlichen Bestimmungen der Geschäftsordnung Gebrauch machten, ohne zu bedenken, daß sie, wenn sie die Zölle apporziert haben werden, von ihren augenblicklichen tschechischen Verbänden den Laufpaß bekommen können, und daß sie bald selber wieder die infamen Bestimmungen der Geschäftsordnung, deren sie sich jetzt bedienen, zu spüren haben werden. Wer wird, wenn sie sich dann über Mundsperr, Abwägung von Anträgen und Debatten und unwürdige Durchpeitschung vor Vorlagen beschweren, ihre Lamentation noch ernst nehmen können!

Deutschbürgerlicher Aktivismus — nun weiß man, was man sich darunter vorzustellen hat! Als im Senat der Antrag Donat auf Einführung der sechsfachen Friedenszölle nicht in jenem Eilzugstempo verhandelt wurde, wie es die Ungeduld der Antragsteller verlangte, wurde der Antrag in einen Dringlichkeitsantrag umgewandelt und für ihn das abgekürzte Verfahren verlangt. Und siehe da, die deutschen Agrarier, die Landbändler und Gewerbetreibenden, die ehedem in Entrüstung gemacht hatten, wenn eine Gesetzesvorlage im abgekürzten Verfahren durchgepeitscht wurde, unterzeichneten fröhlich-frömmlich in deutscher Einheitsfronttreue den Antrag und halfen ihn durchdrücken. Bei der Abstimmung über den Antrag Donat und über die zu ihm gestellten Resolutionsanträge bewiesen die deutschbürgerlichen Parteien aufs neue, daß ihnen der Gang zu demokratischer Gerechtigkeit und die Abneigung gegen halbfeudalistische Parlamentismethoden nur hauttief sitzt und sie stimmten

Der Entschluß Billudskis hat in politischen Kreisen eine starke Erregung hervorgerufen. Die Folgen der Entscheidung des Marschalls lassen sich zur Zeit noch nicht in ihrem ganzen Umfang übersehen.

Die Arbeiter für Billudski.

Demonstrationen in zahlreichen polnischen Städten.

Warschau, 31. Mai. Gestern fanden in Warschau, Lemberg und zahlreichen anderen polnischen Städten Arbeiterdemonstrationen für den Marschall Billudski statt. In einer in Warschau abgehaltenen Arbeiterversammlung wurde beschlossen, die Arbeiterorganisationen am heutigen Tage vom frühen Morgen an in Bereitschaft zu halten. In Lemberg versuchten die Kommunisten, eine Straßendemonstration zu veranstalten, wurden jedoch daran gehindert.

Der Butsch in Lissabon geblüht.

Ein General übernimmt die Regierungsbildung.

Lissabon, 31. Mai. (Savas.) Das Kabinett hat dem Präsidenten der Republik die Demission überreicht und wird versuchen, ein nationales Ministerium zu bilden.

General Cabecadas hat das Amt als Ministerpräsident übernommen und wird gleichzeitig jenes des Innenministers versehen. Kriegsmminister ist General Costa.

Dide Freundschaft

der Kommunisten mit Mussolini.

London, 31. Mai. Wie „Daily Telegraph“ erfährt, beabsichtigt der Sowjetkommissar für Auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin, gemeinsam mit Stalin binnen kurzem Italien zu besuchen, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und der Sowjetunion zu vertiefen und eine Annäherung zwischen Rom und Angora herbeizuführen.

mit derselben Präzision und Gewissenlosigkeit, mit der früher die allnationale Koalitionsmehrheit alle Anträge der Opposition niedertrampelte, die eingebrachten Zusatz- und Verbesserungsanträge. Der tschechische Agrarier Bater Krojher stand oben am Rednerpulte und gab, die neue tschechisch-deutsch-slowakische Mehrheit dirigierend, die Lösungen aus, und die deutschbürgerlichen Mannen folgten wie dressiert. Ban Krojher kommandierte und Landbändler, Gewerbetreibende und Christlichsoziale stimmten dagegen, daß die Kleinlandwirte im Landeskulturrat eine Vertretung erhalten. Die Anträge der sozialistischen Opposition verlangten eine Vertretung der Kleinlandwirte in den Produktbörsen, ein neues Gesetz über den Schutz der Kleinpächter, eine Reform des Jagdgesetzes, Zuweisung von Brachland an die arme Landbevölkerung und eine Reform des Fischereigesetzes, aber Landbändler, Christlichsoziale und Gewerbetreibende stimmten diese Anträge nieder. Deutsche Belange, deutsche Einheitsfront, Schutz der Kleinen, alles war vergessen, Grüne und Schwarze wetteiferten darin, sich der Disziplin auf Krojher's Befehl zu unterwerfen, um den Beweis zu erbringen, daß sie würdige Mitglieder der neuen Mehrheit sind.

Der Kampf um die Zölle mit allen seinen Begleiterscheinungen müßte ein eindringlicher Lehrkurs für alle werden, die das Denken noch nicht verlernt haben. Nation, Hebung der Volkskultur, Demokratie, alles ist den bürgerlichen Parteien ebenso wie jenen der anderen Nationen spottfeil, wenn die Klasseninteressen der Besitzenden auf dem Spiele stehen. Die eine Stimme der „Bohemia“ wird daran nichts ändern.

Clermont-Ferrand.

Paris, Ende Mai 1926.

In Clermont-Ferrand war vom 23. bis 26. Mai der Parteitag unserer französischen Genossen versammelt, dem das ganze Land erwartungsvoll entgegen sah, weil von seinen Entscheidungen nichts Geringeres abhing als das Geschick der gegenwärtigen Regierung. Allerdings hat das Ende des Marokkorkrieges die Stellung des Kabinetts inzwischen wieder gefestigt und so konnte Briand den Journalisten zurufen: „Dementieren Sie so viel Sie können, wir demissionieren nicht“. Vor Pfingsten war es noch anders und hätten ihn Donnerstag nicht seine Freunde von der Rechten gerettet, wäre es auch nach Pfingsten anders gekommen. Denn wenn es schon angehen mag, ohne Sozialisten zu regieren, so kann man doch nicht gegen sie regieren, ohne sich den Nationalisten zu verschreiben.

Wie schwierig es sein mußte, die allgemeine Politik der Partei durch einen einstimmigen Beschluß festzulegen, geht schon aus den drei eingebrachten Resolutionen hervor, von denen eine die Zusammenarbeit mit den Kommunisten anstrebt, die andere die Beteiligung an der Regierung empfiehlt und die dritte, die am stärksten vertretene Richtung, wohl eine fallweise Unterstützung billigt, aber jede organische Zusammenarbeit mit anderen Parteien verwarf. Es galt, die Haltung der Partei und vor allem der Kammerfraktion für die nächsten Tage des Parlamentszusammentretens zu bestimmen und da die Zeit drängte und die Debatte leidenschaftlich geführt wurde, ist es leider nicht gelungen, die so gewünschte Einstimmigkeit zu erzielen. Die an dritter Stelle genannte Resolution Blum-Pyromski, wurde mit nahezu Dreiviertelmehrheit angenommen, nach der „die Partei entschlossen ist, jede Regierung zu unterstützen, die im Kampfe gegen die Reaktion, an der Herstellung gesunder finanzieller und ökonomischer Zustände arbeitet, ohne vor kapitalistischen Kräften zu weichen, ohne die Arbeiterschaft mit Steuerbrud zu überbürden und ohne je zu vergessen, daß das Interesse der Gesellschaft die Verwirklichung der politischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse erfordert“. Noch einmal die Unzulässigkeit einer dauernden Koalition mit anderen Parteien betonend, verlangt die Entschlichung die Stabilisierung der Währung, die Kapitalabgabe, den endgültigen Frieden in Marokko, die Uebergabe des syrischen Mandates an den Völkerbund, die Übertragung der Militärdisziplinpflicht und die Einführung der Sozialversicherung. Diese Resolution ändert fast nichts an der bisherigen Haltung der Partei, nur ist zu beachten, daß nach auf dem letzten außerordentlichen Parteitage im Winter die Teilnahme an der Regierung nur mit geringer Mehrheit abgelehnt wurde. Der Schritt nach links ist unverkennbar, nur ist er nicht die Folge eines prinzipiellen Gesinnungsumschwunges innerhalb der Partei, sondern eine rein taktische Maßnahme gegen die Politik der jetzigen Regierung.

Mit dem Sturze des Kabinetts Herriot war die planmäßige Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Radikalsozialisten aufgehoben, das Kartell in Wahrheit schon zerfallen. Unter Painlevé führte es eine Zeit lang noch ein Scheindefe, weil unsere Genossen die Außenpolitik billigten und noch immer hoffen konnten, ihre Finanzvorschlüsse durchgeführt zu sehen. Die Art, mit der das Budget ins Gleichgewicht gebracht wurde, die kriegerische Kolonialpolitik und die Kopflosigkeit der Regierung in der Finanzfrage, drängte die Sozialisten immer rascher in die Neutralität, die sie nun schon seit einem Jahre wahren. Briand gleicht eben dem Spaziergänger, der entschlossen ist, immer links auszuweichen und doch nervös hin- und herspringt, wenn er angerempelt wird.

Die Partei würde die Errichtung einer proletarischen Einheit mit den Kommunisten freudig begrüßen, kann aber an ein Zusammenwirken mit ihnen nicht denken, solange die Kommunisten zu dieser Zusammenarbeit nichts anderes beitragen, als ihre demagogischen, von vornherein ausichtslosen Forderungen, welche die ernststen Reformvorschlüsse unserer Genossen nur in Verneinung bringen können.

Am häufigsten wird die Stellung der französischen Sozialisten zu einer Partei der Bourgeoisie mißdeutet. Während das deutsch-tschechoslowakische Kleinbürgertum viel weiter rechts steht als es bei klarem Verstande möglich wäre, hat sich in Frankreich die gleiche Gesellschaftsklasse das Programm der radikalsozialistischen Partei zu eigen gemacht und Herriot, der Chef dieser Partei, verfaßt bei keiner Denkmalsweihe die Gelegenheit, die Sozialisten seiner Freundschaft und treuen Anhänglichkeit zu versichern. Dieses Programm hat mit dem Marxismus zwar nichts zu tun, enthält

Erklärung.

Zu dem in den Zeitschriften „Nordböhmischer Volksbote“ Nr. 236, „Sozialdemokrat“, Nr. 238 und „Volksfreund“ Nr. 238 am 13. Oktober 1925 unter der Aufschrift „Auch die Kommunisten pfeifen ihr Lied“ veröffentlichten Artikel, weiters zu dem Artikel „Die Fälscherbande im Vorwärts“, veröffentlicht in der Nr. 252 der Zeitschriften „Sozialdemokrat“, „Nordböhmischer Volksbote“, „Freiheit“ und „Volksfreund“ vom 30. Oktober 1925, schließlich zu dem Artikel „Manieren des Herrn Stern“ in der Nr. 278 der Zeitschriften „Sozialdemokrat“, „Volksfreund“ und „Nordböhmischer Volksbote“ vom 29. November 1925, durch welche Artikel sich die Herren Dr. Viktor Stern als Herausgeber und Adalbert Hampf als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ in Reichenberg in ihrer Ehre gekränkt fühlen, erklären wir, daß die Veröffentlichung dieser Artikel im Verlaufe eines journalistischen Kampfes zweier politischen Parteien erfolgte und daß es nicht unsere Absicht war, der persönlichen Ehre der beiden obgenannten Herren nahezutreten.

Aus diesem Grunde widerrufen wir die in den Artikeln enthaltenen beleidigenden Behauptungen als grundlos.

Prag, am 27. Mai 1926.

Die Redaktion.

aber doch die Forderung nach der Intervention des Staates in sozialen und finanziellen Angelegenheiten und ist geeignet, die wirtschaftliche Neugestaltung zu fördern, die für das Land zur Lebensbedingung geworden ist.

Es ist nicht denkbar, daß eine Partei von der Größe und dem Einfluß der sozialistischen, sich dauernd jeder Stellungnahme zu den Tagesfragen enthält und bei Abstimmungen im Parlamente einfach das Feld räumt. Ganz im Gegenteil. Unsere Genossen zeigen den Weg zur Rettung der Währung, der Stabilisierung, sie haben ein gründlich durchdachtes Finanzprojekt entworfen. Mit wessen Hilfe werden sie es durchzuführen? Am besten wäre die Mehrheit vom 11. Mai. Die ist aber kaum möglich. Daher gleichgültig mit wem. Die Hauptsache bleibt, daß das Land vor dem drohenden Unheil geschützt wird und erkannt, daß es seine Rettung dem zielfähigen Programm der Sozialisten verdankt. Für Kompromisse mit der Hochfinanz mögen andere die Verantwortung tragen.

Die Bedeutung der ausgetragenen Probleme macht es begreiflich, daß den anderen Fragen in der Debatte nur ein beschränkter Raum gewidmet werden konnte, obwohl außerordentlich wichtige Punkte, wie die Organisierung der Jugend, die Kolonialfrage und die Schaffung einer Tageszeitung zur Beratung standen. Leider stehen der Gründung eines Tagblattes noch allzu viel Schwierigkeiten entgegen, so daß die Partei noch ohne offizielles Sprachrohr bleiben wird. An einer Erörterung über die Parteidisziplin, deren strengere Handhabung von der Gruppe Blum-Hyromski verlangt wurde, scheiterte leider die Einstimmigkeit. Die rechtsstehenden Genossen verzichteten sogar auf ihre Sitze im ständigen Verwaltungsausschuß, die ihnen aber vorbehalten bleiben; weil auch darüber gewiß eine Einigung erzielt werden wird. Das Frohlocken der nationalistischen Presse über eine Spaltung ist jedenfalls ganz unbegründet, denn unsere Genossen, wissen genau, daß die Einheit die stärkste Waffe der Partei ist. Seit fünf Monaten hat die Partei mehr als 20.000 neue Kämpfer gewonnen und die Reihen wachsen ständig, denn in ihnen sammelt sich das bewußte, kämpfende Proletariat Frankreichs.

D. F.

„Nun danket alle Gott!“

Eine notwendige Erinnerung an die Wahlen.

Ein Pfaffenwort besteht! Und wenn man es auch erst nicht im vollen Maße seiner Bedeutung und nicht in seinem ganzen Sinne erfasst, so wird ihm doch Erfüllung. Die prophetische Gabe eines Geweihten des Herrn soll man nicht bestreiten. Als nach den Novemberwahlen die Christlichsozialen gestürzt ins Parlament einzogen, da fand der Senator Professor Karl Silgenreiner das große Wort, das einzig in einer Situation am Platze war und das nur ein Pfaffe finden konnte, weil jeder andere sich der Blasphemie schämte. Er schrieb am 18. November 1925, also vor etwas mehr als einem halben Jahre in der „Deutschen Presse“ einen Leitartikel unter dem Titel: „Nun danket alle Gott!“ Der gelehrte Schüler Ignatius' von Loyola führte aus, daß die Merkmalen „mit Gottes Hilfe das Kreuz wieder ein Stückchen vorwärts getragen“ hätten, daß sie die Kraft zu neuen Verbungen gewonnen hätten. Mit „reinen Waffen“ hätten sie gekämpft, sie könnten jeder Partei die Bruderhand entgegenstrecken, wenn es jetzt darum gehe, „im Parlament möglichst schlagkräftige Kampfeinheiten herzustellen“. Mit den Volksgenossen müsse eine „einheitliche Kampffront hergestellt werden.“ Silgenreiner wußte, warum man Gott danken müsse:

„Denn das wido nun die Hauptsache sein. Wir Deutschen kommen vom Kampfe gegeneinander, aber jetzt heißt es miteinander ausziehen zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, das Unrecht in diesem Staat.“

Wir Christlichsozialen wünschten und wünschen eine möglichst breite Einheitsfront der Deutschen im künftigen Parlament —

Die deutsche Einheitsfront war also jetzt in guten Händen. Sie war den Christlichsozialen „sein Wahlstücker“:

„Wir sind darauf eingeschworen, aber wir hätten dazu nicht einmal von der Partei verpflichtet werden müssen, denn sie ist uns Vergenssache —

Wir gehen wie 1920 ins Parlament, nicht um dort Deutsche gegen Deutsche zu streiten, sondern um Schulter an Schulter mit unseren Volksgenossen, — womöglich ohne Ausnahme — die gemeinsamen deutschen Rechte gegen den gemeinsamen Gegner zu verteidigen und unsere volle Gleichberechtigung zu erkämpfen.“

Noch hat der Silgenreiner einige Anliegen an seinen Gott. Der Dank kommt nicht aus vollem Herzen:

„Erst wenn es uns Deutschen im neugewählten Parlament gelingt, eine breite, schlagfertige Abwehrfront der Deutschen zu bilden, erst dann werden wir dieser Neuwahlen froh werden und von Herzen beten und singen: „Nun danket alle Gott!“

Uns dünkt, die Stunde ist gekommen, da das Wort zum Jolle wird und das christliche Volk beten und singen kann.

Nun danket alle Gott, ihr deutschen Arbeiter und Arbeiterfrauen, die ihr jetzt das Brot teurer zahlen und auch am Sonntag kein Fleisch und keine Knädel mehr essen werdet, weil man sie nach christlicher Wucherart verteuert. Nun danket Gott, daß er euch den guten und heilsamen Gedanken eingab, einen christlichsozialen Stimmgittel in die Urne zu

werfen und die Herren nach Prag zu delegieren, die jetzt den Zollwuchsern die Ernte unter Dach und Fach gebracht haben.

Nun danket alle Gott, ihr deutschen Handwerksleute, wenn ihr euren Hering, den ihr zum „fürstlichen Mahle“ euch gönnt, teurer zahlen werdet, wenn euch der Fastenfisch, den ihr nach frommem Brauche eßt, um ein paar Kronen teurer zu stehen kommt als bisher! Und ihr Kleinbauern, die ihr sonntags in die Kirche wandert und euch aus dem Hirtenbrief Lehre holt, die ihr die schwarze Liste wählt habt, weil der Herr Pfarrer und das Fräulein Köchin es euch geraten haben! Wenn ihr euer Mehl und Korn noch vor Weihnachten verzehrt habt und dann selbst Mehl und Brot und Futter und Stroh kaufen müßt beim Händler, dann werdet ihr blutige Kreuzer opfern müssen und euer bißchen Hab und Gut wird unter der Last der Wucherpreise und Wucherginzen hinschmelzen. Dann murrst nicht, daß euch die schwarze Liste einen schwarzen Tag und schwarze traurige Jahre gebracht hat, denn die hochwürdigen Herren wissen wohl, warum sie die Prüfung über euch verhängt haben! Gott züchtigt eben, die er liebt, und ihr müßt jetzt durch treue Anhänglichkeit an den Herrn Pfarrer zeigen, daß ihr ihm um die fette Kongrua nicht neidig

seid, sondern daß ihr gern die paar Kronen opfert und euer letztes Hemd hingibt, damit der hochwürdige Herr Pfarrer besser leben kann!

Nun danket alle Gott, deutsche Männer und Frauen, daß euch vom Himmel ein Priester beschieden ward, der sein Wort gehalten hat und „Schulter an Schulter“ sieht — mit den tschechischen Nationalisten! Nun danket Gott, daß sich so bald der Wunsch nach der „möglichst breiten Einheitsfront“ verwirklichte und Deutsche, Tschechen, Slowaken und Magyaren von Kramat bis Feizerfeld, den deutschen Priester, den ihr voll Vertrauen erwähltet, und von Spina bis Svehla in einer Front stehen! Nun danket alle Gott, daß die „gemeinsamen deutschen Rechte“ gegen den „gemeinsamen Gegner“ so wader verteidigt werden und daß deutsche Pfaffen und deutsche Agrarier mit Kramat und Krosch gemeinsam deutsche Anträge niedertrümpeln!

Laßt euch nicht durch die Beschridenheit der Christlichsozialen abhalten, ihre Verdienste entsprechend zu würdigen. Es ist einzig und allein das Verdienst der Christlichsozialen, daß wir Jolle auf Brot und Mehl und Fisch und Fleisch und hunderterlei andere Dinge bekommen, daß sich die deutsche Einheitsfront so herrlich erfüllt und daß die Pfaffen um diesen kleinen Preis die Kongrua kriegen. Darum jauchzet und singt und betet aus voller Brust:

„Nun danket alle Gott“

Die Folgen des bürgerlichen Zollantrages.

Das Steigen der Fleischpreise.

Anlässlich der Auseinandersetzungen, die in letzter Zeit in Parlament und Presse über die Lebensmittelzölle geführt wurden, wurde von den Parteien des Zollwuchers, insbesondere von den deutschen Christlichsozialen die Meinung vertreten, daß sich die Zölle in den Preisen der Produkte nicht unter allen Umständen auswirken müssen. Das war natürlich nichts anderes als Demagogie, denn jedes Kind weiß, daß, wenn man an der Grenze auf jedes Kilogramm Mehl, Fleisch oder Fett ein paar Kronen aufschlägt, die eingeführten Lebensmittel um eben diesen Betrag verteuert werden, was sich naturgemäß auch die inländischen Produzenten zu Nutzen machen, wodurch ein allgemeiner Preisanstieg bei den betreffenden Lebensmitteln erfolgt. Als wir dies feststellten, behaupteten die Bürgerblätter, insbesondere die Christlichsozialen, welche die Zölle für genau so notwendig halten wie das ewige Seelenheil, daß die deutsche sozialdemokratische Presse — mit unsachlichen Argumenten arbeite. Wie unsachlich wir sind, können nun die frommen Herren und die völkischen Volksauswucherer schon jetzt sehen. Die Preise des Fleisches steigen nämlich schon jetzt, da die Zölle nur angekündigt sind. Viehproduzenten und Viehhändler halten nämlich die Ware in der Hoffnung, daß sie diese nach Einführung der Zölle werden teurer verkaufen können, zurück und infolge des geringeren Angebotes, wozu noch die Einfuhrverhinderungen für polnisches Stechvieh treten, steigen die Preise.

Die Wirkung des bürgerlichen Zollantrages läßt sich an den Preisnotierungen der Prager Zentralschlachthalle geradezu klassisch studieren. Am Tage der Ueberreichung des Antrages, am 27. Mai, da man auf dem Prager Fleischmarkt den Inhalt des Antrages nicht kannte, kostete 1 Kg. (Lebendgewicht) heimischer Schweine 11 bis 14 K.

Zwei Tage später, nachdem der Antrag allgemein bekannt geworden war, schnellten nun die Preise um volle vierzig Prozent hinauf, für 1 Kg. Schweinefleisch (wieder Lebendgewicht) mußte man nun schon 22 K zahlen. Es handelt sich also durchaus nicht um Einfuhrware, sondern um Ware inländischer Herkunft, die noch vor Inkrafttreten der Zölle, nur auf die bloße Ankündigung hin, um 40 Prozent steigt!

In diesem einen Beispiel kann die Bevölkerung sehen, daß der Kampf gegen die Zölle, den die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren mit aller Leidenschaft führen, ein Kampf gegen die Teuerung und das Massenelend, ein Kampf für die wichtigsten Interessen des arbeitenden Volkes ist. Die bürgerlichen Parteien vertreten die Interessen von ein paar Großproduzenten und Viehhändlern. Die „arischen“ Landbändler und „Christlich-Sozialen“ führen mit Begeisterung den Kampf für die Profite jüdischer Getreidehändler. Die Bevölkerung wäre blind, wenn sie das nicht sähe, sie wäre töricht, wenn sie den Brot- und Fleischverteuern, den Landbändlern, Christlichsozialen und Gewerbeparteilern nicht in hellen Haufen den Rücken lehre. Nieder mit denen, welche die volksausbeuterischen Zollbanditen offen oder verdeckt unterstützen!

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Verkommen. Von Jiri Haußmann.

Und gerade damals war ein starker Mann an entscheidender Stelle im höchsten Maße notwendig, denn schon in den ersten Tagen des Umsturzes langten aus dem Norden höchst beunruhigende Nachrichten ein. Es war allerdings richtig, daß die Nordviller Regierung sich anfangs schwankend, ja geradezu koplos benahm. Der Ministerrat, dessen agitatgerillerte Mitglieder einander nicht widersprechen wollten und sich in gegenseitigen Höflichkeiten erschöpften, konnte zu gar keiner Entscheidung kommen, sondern war gewillt, alle Verantwortung auf das Parlament abzuwälzen. Aber noch bevor dieses einberufen wurde, ergriff die Initiative das Volk, das bereits vollständig vom Hass der positiven gegen die negative Sittlichkeit durchdrungen und außerdem durch die tendenziös-einstimmigen und im Sinne der Nordviller verdrehten Schilderungen der Vorgänge in Bellicaus, von denen es durch die Lokalblätter erfahren hatte, höchst aufgebracht war. Auf die ersten Gerüchte von der Auslösung der Unabhängigkeit Südbosniens röteten sich unübersehbare Massen der Nordviller Bevölkerung auf dem Freiheitsplatz vor der Statue der Freiheit zusammen, wo die Führer aller politischen Parteien Reden hielten und mit seltener Einmütigkeit die Notwendigkeit sofortigen radikalen Einschreitens „im Interesse der Erhaltung der durch Jahrhunderte alle Ueberlieferung geheiligten Einheit und Untrennbarkeit des Staates“ betonten. Als aber einer von ihnen die Ansicht äußerte, daß es vielleicht möglich wäre, „im Rahmen des Reiches dem Süden auf kulturellem und

wirtschaftlichem Gebiete eine teilweise Selbstverwaltung zu gewähren“, wurde er von einem Sturm des Unwillens von Ausrufen unterbrochen:

„Keine Selbstverwaltung — den Galgen!“

„Mit Rebellen wird nicht verhandelt!“

„Wir wünschen bewaffnetes Einschreiten!“

„Es lebe der Krieg!“

„Es lebe der Krieg!“ — dieses Lösungswort drückte klar und unverblümt die unterbewußte Sehnsucht der Volksmenge aus; sie wurde noch durch begeisterte kriegerische Rundgebungen verstärkt, die es von allen Enden des Nordens nach Nordville förmlich regnete; in diesen wurde auf energische, auch vor den äußersten Folgen nicht zurückweichende exemplarische Bestrafung der Schädlinge nationaler Ehre und Einheit gedrungen. Einzelne Gruppen reichten sich zu einem imposanten, von blaugoldenen Farben strotzenden Anzuge, der unter den Klängen patriotischer Lieder, besonders des sogenannten „Prinz-Efrem-Marsches“, der rührenden Ballade „Der Ramerab“ und der Gesamtstaats hymne durch die Stadt zog. Abwechslend wurden auf die obersten militärischen Würdenträger Hochrufe ausgebracht und auf die Hochverräter im Süden Schmährufe ausgestoßen. Allgemeine Aufmerksamkeit zog eine mit Miniatur-Reichswappen, besonders auffallend geschmückte Gruppe auf sich, welche erklärte, sie sei zwar der Herkunft nach aus Subville, stelle sich aber ihrer nationalen und politischen Ueberzeugung nach bedingungslos auf den Boden des

*) Prinz Efrem von Samoa, geb. 1659, gest. 1716, berühmter utopischer Heerführer; er überlebte, obwohl unter blutigen Verlusten, den Samoa-Archipel, dessen eingeborene Bevölkerung er ausrotten ließ; mit reicher Beute beladen kehrte er ins Vaterland zurück, wo er bis zu seinem Tode die höchsten Staatsämter bekleidete.

weiteren, nördlichen Vaterlandes, als des einzig berechtigten Trägers der Gesamtstaatsidee. Mit ihrer Standarte „Wir sind weder negative noch positive, sondern gut — utopische Patrioten“, erweckten sie großes Aufsehen, ja sogar warme Sympathie, solange sich nicht herausstellte, daß sie zu einem Teile aus verlebten Polizeiorganen, zum anderen aus allerhand Individuen zweifelhaften Rufes bestanden, denen von der Geheimabteilung des Innenministeriums eine ziemlich hohe Belohnung versprochen worden war.

Die Demonstrationen verliefen anfänglich äußerst würdig, aber als die Schändung des Sudviller Reichs-Gorilladenkmals bekannt wurde, bemächtigte sich des Volkes unbeherrschbare Wut, so daß es sich zu einigen unüberlegten Taten hinreihen ließ, welche die lichte Erinnerung an jenen, vom reinsten Feuer der Begeisterung befehlten Tag einigermaßen beslecken und von der feindlichen Presse natürlich weiblich ausgenützt wurden. So wurden in den lokalen Redaktionsfilialen der Sudviller Blätter die Fenster eingeschlagen und ein beliebter Tenorist, von dem die Kritik schrieb, daß er seine Rollen mit wahrhaft südblichem Temperament interpretiere, halb tot geprügelt; ferner wurde eine Reihe von Südbücherehandlungen geplündert, der sogenannte Südbahnhof beinahe demoliert, ja nicht einmal der verdienstvolle Verlags-Notto entging der Vernichtung, als jemand in dem Auslagenfenster den Verne'schen Roman „Der Stern des Südens“ erblickte. Schließlich wurde noch die meteorologische Station in Brand gesetzt, einzig und allein edswegen, weil sie ihre gewohnte Wettervorhersage mit den Worten beendet hatte: „Frische, südbliche Winde in zunehmender Stärke.“

Dem Treiben der Menge bereitete erst die Nachricht ein Ende, daß um fünf Uhr das Parlament zusammentreten werde, um über die geeigneten Maßnahmen schlüssig zu werden, die zur endgültigen Lösung der heissen Situation uner-

lässlich waren. Die Abgeordneten stellten sich vollzählig ein, ja es fehlten nicht einmal die Delegierten des südblichen Gebietes, soweit sie sich nämlich zufällig in Nordville aufhielten. Ihr Standpunkt war ganz unklar, nicht einmal so hervorragende Politiker wie Dr. Kramerius und Arrachino, wußten Rat (sie waren, da sie allerdings die ersten Südbviller Vorgänge nicht vorhersehen konnten, gerade am Tage des Umsturzes hier eingetroffen) und so antworteten alle auf direkte Fragen ausweichend, indem sie behaupteten, die Nachricht über die Proklamierung der Selbstständigkeit sei offenbar unwahr oder wenigstens stark übertrieben, daß man zunächst sichere Tatsachen abwarten müßte usw., usw. Nur der Abgeordnete Trost äußerte sich, durch ein Kreuzverhör in die Enge getrieben, nach langem Weigern dahin, daß er jene Umtriebe, falls sie vielleicht doch bestätigt würden, auf das schärfste verurteilen müßte. Diese Erklärung wurde mit großer Genehmigung zur Kenntnis genommen, aber die Mehrheit der Sudviller Volksvertreter wurde am folgenden Tage trotzdem verhaftet, und ohne Angabe der Gründe, eingekerkert, unter ihnen auch die Doktoren Kramerius und Arrachino — diese wurden zwar bald wieder auf freien Fuß gesetzt, ermangelten aber später nicht, alle politischen Reden mit der Schilderung ihrer Leiden zu beginnen und effektiv zu beschließen, womit sie unter ihren Parteigenossen bedeutend an Popularität gewonnen. Zur Erbringung des Beweises daß dieser Schritt keineswegs ungeschicklich wurde eine eigene Enquete hervorragender Juristen berufen, der es erst nach langem Beraten gelang, die Bestimmungen der Verfassungsurkunde und der Parlamentsgeschäftsordnung so auszulegen, daß diese Maßnahmen sich tatsächlich auf deren Verstoß ableiten ließen.

Die Parlamentsöffnung wurde unter allgemeiner Spannung eröffnet — die übervolle Gallerie atmete kaum. (Fortsetzung folgt.)

Prager Kurse am 31. Mai.

Table with 3 columns: Item, Price, and another Price. Items include 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, 100 belgische Francs, etc.

Generaldebatte im landwirtschaftlichen Ausschuss. Die Vorlage soll unter allen Umständen durchgepeitscht werden.

Prag, 31. Mai. In der Nachmittags Sitzung hatte der landwirtschaftliche Ausschuss nach Aufhebung des agrarischen Diskurses auf Beschränkung der Redezeit bereits die Generaldebatte über die Zollvorlage begonnen; als erster Redner war Genosse Schweichhart zu Worte gekommen.

Heute nachmittags setzte nun der Ausschuss die Generaldebatte fort. Da die Zollvorlage unter allen Umständen die Vorlage in dieser Sitzung durchpeitschen will, muß damit gerechnet werden, daß der Ausschuss wieder bis in die Morgenstunden tagen wird, zumal im Verlaufe der Sitzung eingeleitete Verhandlungen über Aufschub der Sitzung scheiterten.

Als erster Redner sprach zunächst der tschechische Sozialdemokrat Roudelka, der sich in einem sachlich gehaltenen, wirkungsvollen Referat scharf gegen die agrarischen Zollforderungen stellte. Der Slowake Tomaneč geriet mit dem Berichterstatter Jádina in einen Konflikt, da er mit einigen Bestimmungen des Entwurfes unzufrieden war. Dann beschwerte sich der Landbändler Jádina darüber, daß kein Flachszoll eingeführt wurde; seine Ausführungen bewegten sich auf einem sehr mäßigen Niveau und vermochten vor allem nicht den geringsten Beweis dafür zu erbringen, daß die Zölle für die kleinen Landwirte untragbar sind und daß durch die Zölle die Produktion gefördert werde. Der Nationalsozialist Pačel machte es den Landbändlern, Gewerbetreibenden und Christlichsozialen zum Vorwurf, daß sie durch ihre Haltung im Ausschuss zur Drohfeldung der parlamentarischen Redefreiheit beitragen; er geriet dabei in eine scharfe Auseinandersetzung mit dem Landbändler Jádina, dem er sogar sagen mußte, daß er in diesen Sachen keine Erfahrung habe und daß es traurig sei, wenn sich ein deutscher Abgeordneter so exponiere. Vielleicht hält Herr Pačel demnächst im „Deutschen Verband“ seinen lieben Kollegen von der Zollkoalition einen kleinen Vortrag über dieses Thema? Der Deutschnationale Magner erklärte, von den Zöllen würden nur die vorwiegend getreidebauenden Tschechen einen Vorteil haben, während die Deutschen, die hauptsächlich auf die Viehzucht angewiesen sind, nichts davon haben werden. Da sie durch den Zwischenhandel sehr geschädigt werden.

Nach dem Kommunisten Bolten kam um Mitternacht

Genosse Leibl

zu Wort, der in sehr ausführlicher und sachlicher Weise erklärte, daß die Zölle den kleinen Landwirten nur Schaden bringen und nachweist, daß insbesondere die Kleinlandwirte im Gebirge, die nur Viehzucht betreiben können, schwer geschädigt sein werden. Den wirklichen Nutzen von der Zollvorlage werden die tschechischen Agrarier und vor allem die neuen tschechischen Edelinge, die Restgutbesitzer geworden sind, davontragen. Verschiedene Zwischenrufe der Landbändler weist Genosse Leibl sehr treffend zurück. Unsere Partei hat zur Zollfrage 15 Resolutionen vorbereitet, welche die Förderung der Landwirtschaft im Auge haben und alle Maßnahmen vorschlagen, die den Kleinlandwirten wirklichen Nutzen bringen sollen.

Die Verhandlungen dürften, da noch viele Redner zu Worte gemeldet und die Agrarier zu einer Unterbrechung der Sitzung nicht zu haben sind, bis in die Morgenstunden dauern. Der tschechische Sozialdemokrat Jádina hat, wie verlautet, eine fünfständige Rede vorbereitet. Als letzter Redner ist Genosse Schweichhart vorgemerkt.

Ablegung der Zollvorlage von der Tagesordnung des Budgetausschusses.

Prag, 31. Mai. Der Budgetausschuss hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in der der agrarische Vorsitzende Bradač bereits den Antrag der Agrarier als ersten Punkt auf die Tagesordnung setzen wollte, obwohl die letzte Sitzung des Ausschusses mitten in der Debatte über die Erklärungen des Finanz- und des Eisenbahnministers abgebrochen worden war.

Genosse Taub meldete sich sofort zur Geschäftsordnung zu Wort und wies darauf hin, daß nach dem Paragraphen 9 und 25 die Zollvorlage noch nicht in Verhandlung gezogen werden könne, da die diesbezügliche Tagesordnung weder vom Plenum, noch vom Präsidium des Ausschusses bestimmt worden sei und der Vorsitzende des Ausschusses diese Bestimmungen der Geschäftsordnung somit verletzt habe. Auch der tschechische Sozialdemokrat Remes schloß sich dieser Auffassung an und erklärte, daß in der Debatte über die Ministererklärungen fortgesetzt werden müßte. Der Agrarier Guibel sucht das Vorgehen des

Vorsitzenden zu rechtfertigen, während der Kommunist Zaporochy beantragt, daß die Verhandlung des Zolltarifs vertagt werde, bis die Vorlage im landwirtschaftlichen Ausschuss erzuhrte sei.

Daraufhin gab der Vorsitzende eine ziemlich gewundene Erklärung ab, er sei weit entfernt, als Angehöriger der Agrarpartei die Erledigung der Zollvorlage zu beschleunigen. Er habe geglaubt, daß der landwirtschaftliche Ausschuss bis heute mit der Beratung der Zollvorlage fertig sein werde; übrigens gestalte aber die Geschäftsordnung die Verhandlung einer Vorlage, auch wenn sie in dem betreffenden Sachausschuss noch nicht erledigt sei.

Daraufhin wurde die Zollvorlage von der Tagesordnung abgesetzt und der Ausschuss schritt zur Verhandlung der Reagierungsvorlage über die Regelung der Bezüge der Distriktsärzte. Nach dem Berichterstatter Matoušek (Nationaldemokrat) erklärt Genosse Taub, es sei nicht nur die Aufgabe des Budgetausschusses, zu sparen; er müsse auch darüber wachen, ob die für einen bestimmten Zweck aufgewendeten Mittel wirklich genügen, ihre Aufgabe zu erfüllen. Durch die Vorlage werde der Zweck nicht erreicht, den Gesundheitsdienst in der Republik auszubauen, der in einem sehr schlechten Zustand sei.

„Was deutsche Abgeordnete imstande sind“.

Ein vernichtendes Urteil der deutschbürgerlichen „Bohemia“ über die deutschen Zollbürgerparteien.

Die „Bohemia“ geht in ihrer Sonntagsummer mit den deutschbürgerlichen Parteien, die die tschechische Zollpolitik möglich und unmöglich, in einem einundneunzig Spalten langen Artikel scharf ins Gericht, wie ein bürgerliches Blatt überhaupt niemals gegen die Parteien der eigenen Klasse schreiben kann. Schon die zweispaltigen Zielkunden an, daß die Haltung der deutschen Merkantilisten und Agrarier selbst in nichtsozialistischen Kreisen bereits die Lust mit Explosivstoffen erfüllt hat. Es heißt da:

Wie hierher und nicht weiter! Der Artikel 8 und das Niedertampeln der Opposition. — Was deutsche Abgeordnete imstande sind. — Ist das überhaupt gutzumachen?

Im Text des Artikels selber werden dann die „schwersten Bedenken“ und der „schärfste Widerspruch“ gegen die Haltung der Landbändler und Christlichsozialen geäußert, die der Regierung eine gefährliche Ermächtigung erteilen und außerdem „das tschechische System der rückwärtslosen Niederbügeln sämtlicher oppositioneller Anträge zu dem ihren machen“. Folgendermaßen wird von der „Bohemia“ das „beschämende Schauspiel“ geschildert,

„daß in einem Augenblicke, wo deutsche Parteien herausfinden, daß das Anbesseln ihren meritorischen Ansprüchen nützen kann, diese, ohne mit einer Wimper zu zucken, bereit sind, diese parlamentarische Lumperei zu beden und zu unterstützen!

Diese Parteien mögen sich ja nicht einbilden, daß ihre Wähler bei der bloßen Andeutung, daß die Opposition aus Sozialisten bestanden hat, auf den Bauch fallen, Beifall klatschen und dieses Vorgehen vielleicht noch begrüßen werden!

So kritiklos leider der Suberendende auch politischen und namentlich parlamentarischen Vorgängen gegenübersteht, und so ungeschult er oft Berichte über Parlamentsverhandlungen anstarrt, so naiv und unpolitisch ist er denn doch nicht, um nicht die Folgen eines derartigen Präjudizes für alle Zukunft erkennen zu können. Denn

welcher deutsche Abgeordnete, welcher deutsche Verhandlungsführer, welcher deutsche Publizist wird es in Zukunft ohne Herzklopfen wagen können, gegen die läbliche Niederknüppelung deutscher Anträge durch die tschechischen Parteien seinen Protest zu erheben, wenn er mit der Erinnerung an diese Verhandlungen, die sich in der Nacht auf den Sonntag abgespielt haben, und jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht treibt, belastet ist? Welcher deutsche Politiker wird in Zukunft, wenn die Koalition nach dem Smanawurde ihrer deutschen Gelegenheitshelfer wieder gelehrt sein und in ihre alten Methoden zurückfallen wird, den Mut aufbringen, seinen Widerstand in die Welt hinauszurufen, wenn er die höhnischen Miene der Tschechen sieht, die von jetzt ab mit den Jüngern auf die deutschen Landbändler und die deutschen Christlichsozialen auf

die willigen Helfershelfer ihres Systems des Knickels

weisen können? Hier wäre es einmal Sache der deutschen Wählerschaft, den Abgeordneten, die ihre nationale Pflicht so leichtfertig vergessen, nur weil einige Kronen Zoll im Spiel sind, von denen gewisse Schichten profitieren sollten, ein unabweisbares „Wie hierher und nicht weiter!“ zuzurufen. Es ist zwar nicht daran zu zweifeln, daß die Presse der auf die Anklagebank gehörenden deutschen Parteien wieder jene sophistischen Scheinargumente finden wird, mit der sie oberflächlichen und leichtgläubigen Lesern die „Notwendigkeit“ dieses Vorgehens beim Paragraphen 8 und bei der Anhebung der Opposition wird weismachen wollen. Und nach der Ablegung der letzten Zeit wird wohl auch diesmal wahrscheinlich die ganze Verteidigung auf Beschimpfungen und Verleumdungen jener christlichen Gegner hinauslaufen,

Der tschechische Nationalsozialist Bergmann bedauert, daß einige Koalitionsparteien zwar für die Staatsbeamtenvorlagen stimmen, aber durch Einführung der Getreidezölle die günstigen Wirkungen dieser Vorlage sofort paralysieren wollen. Als der Berichterstatter Matoušek im Schlußwort den oppositionellen Parteien zum Vorwurf machen will, daß sie die Verhandlungen der Staatsangestelltenvorlage absichtlich verzögern wollen, tritt ihm als erster Redner in der Spezialdebatte Genosse Taub ganz energisch entgegen und verwahrt sich gegen diese Unterstellung; er bringt dem Ausschuss in Erinnerung, daß gerade die Nationaldemokraten es waren, welche in der heutigen Sitzung die Zollvorlage vor der Staatsbeamtenvorlage behandeln und so letztere verzögern wollten. Im Verlaufe der Spezialdebatte gab Minister Dr. Schickel einige Aufklärungen über den Stand der Sanitätsdistrikte in der Slowakei, die man mangels geeigneter Werkzeuge nicht besetzen könnte. Auf eine Anfrage stellt er fest, daß das Eisenbahnministerium die Absicht habe, alle Eisenbahnärzte wieder in Dienst zu nehmen.

Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Dr. Matoušek bestimmt. Nächste Sitzung morgen, Dienstag.

die eine solche parlamentarische Prozedur nicht im Interesse einzelner Schichten und Kreise, sondern im Interesse des Gesamtdeutschtums zu beurteilen sich verpflichtet fühlen. Die Vorfälle sind aber so himmelschreiend, daß denn doch zu erwarten ist, daß wenigstens diesmal schon der bloße Versuch einer Apologie in jene Schranken zurückgewiesen wird, die einem derartigen unfruchtbareren und verderblichen Beginnen gebühren. Führt die deutsche Politik auf dem Wege fort, den die beiden deutschen Parteien bei der Unterstützung der Ermächtigung der tschechischen Regierung durch den Artikel 8 und durch ihre Sekundantendienste bei der Niedertampeln der Opposition an den Tag gelegt haben, dann geht die deutsche Politik einer Verumpfung entgegen, in der sie unrettbar erstickt muß.

Dieses Urteil ist wohl das schärfste, das jemals ein Bürgerblatt über Bürgerparteien gefällt hat, und daran mag man die volle Tragweite der Merkantil-Landbändlerischen Politik und ihre Wirkung ermessen. Man kann von der „Bohemia“, die doch trotz aller in diesem Falle geübten freimütigen Meinungsäußerung ein bürgerlich-kapitalistisches Blatt bleibt, nicht erwarten, daß sie in der Zollfrage in erster Linie oder überhaupt an die sozialen, wirtschaftlichen Folgen für die Arbeiterklasse denkt. Aber eine vereinzelte Stimme bürgerlicher Demokratie erhebt sich da und laut genug, um das Gewissen der Wählerschaft wachzurufen, die sie erreicht. Die „Bohemia“, die ihre scharfe kritische Haltung vom Standpunkt der gesamtdeutschen Lage im Staate bezieht und die Verlogenheit des bisherigen „Kampfes“ der deutschbürgerlichen Parteien für Demokratie und Parlamentarismus aufdeckt, diese „Bohemia“ vermag natürlich nicht zu dem entscheidenden Gebante zu gelangen, daß nämlich bei Merkantilisten und Agrariern *à tout prix*, wenn es sich um das Volkswirtschaftliche handelt, Parlamentarismus, Demokratie, Antikoalitionskampf und Deutschum zum Teufel gehen. Diese Erkenntnis der „Bohemia“ für immer verschlossen, werden nun um so tiefer die arbeitenden Menschen schöpfen können, soweit sie nicht schon ihr geistiger Besitz ist. Der kraftvolle, tapere Artikel der „Bohemia“ ist aber jedenfalls ein wertvoller Beitrag, um diese Erkenntnis wachsen zu lassen.

Durch dick und dünn mit dem arbeitlerfeindlichen tschechischen Bürgertum.

Agrarier und Christlichsoziale gegen die Autonomie der Krankenkassen.

Die Schützenhilfe, die die Landbändler und Merkantilisten den tschechischen Bürgerparteien leisten, bleibt auf Zölle und Kongrua nicht beschränkt. In der letzten Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses, die sich mit dem Staatsbeamtenengesetz beschäftigte, brachte der tschechische Sozialdemokrat Klein einen Antrag ein, dahingehend, daß öffentlich-rechtliche Institutionen und Korporationen nicht unter den Paragraphen 213 der Staatsbeamtenvorlage fallen mögen. Nach diesem Paragraphen hätte der Staat nämlich auch bestimmenden Einfluss auf die Angelegenheiten der Gemeinden, Krankenkassen, Sozialversicherungsanstalten u/v. Gegen diese Einschränkung der Autonomie einer Reihe von Selbstverwaltungskörpern wendete sich also der Antrag Klein.

Landbändler und deutsche Christlichsoziale aber stimmten gegen diesen Antrag und brachten ihn damit zu Fall. Damit bewiesen sie, daß ihnen auch alle Autonomie Gebuda ist, daß sie ihr Interesse immer unverbüßter an die Seite der tschechischen Bourgeoisie stellt. Auch das soll den deutschen Helfen Rajicek und Schuberl unvergessen bleiben.

Inland.

Das Gewissen mahnt.

Kein christliches Herz ist so hart gefotten, daß es die brennende Schmach nicht empfindet, die für die Christlichsozialen ihr Vorgehen in der Zollfrage bedeutet. Die Merkantil „Volkswerteiler“ müssen sich, den Rechtfertigungsversuchen der Merkantil Presse nach zu schließen, wie auf einem Vulkan vorzukommen. Sie haben ihre Seelen den Agrariern verschrieben, aber sie wissen, daß ihre Stimmen von kleinen Leuten stammen, die durch die Bank kein Interesse an den Zöllen haben, denen vielmehr der Profitorb beträchtlich höher gehängt wird. Was kein christliches Gewissen vermag, die schwarzen Herrschaften an die Wucherer zu mahnen, die sie auf sich genommen haben, das vermag der Gedanke an die Wägen, die — mögen sie noch so fern liegen — unvermeidlich doch einmal kommen. Die „Deutsche Presse“ ist, allen anderen Organen für Parteipolitik voran, täglich am Werke, die Hände der Merkantil Politiker von der Unschuld ihrer Ausbungerungspolitik zu reinigen. Mit welchem Erfolg, zeigt das folgende:

Wir hatten den Christlichsozialen auf den Kopf zugelegt, daß sie das Junglein der Wage und somit die Hauptschuldigen, die wirklich Verantwortung an dem Zollwucher sind. Die „Deutsche Presse“ sucht das zu widerlegen, indem sie nach vielem Geschimpfe auf die Sozialdemokraten so rechnet:

- Für die Zölle werden stimmen: 46 tschechische Agrarier, 31 tschech. Volkspartei, 23 slowakische Volkspartei, 13 tschech. Gewerbetreibende, 13 tschech. Nationaldemokraten, 24 Mitglieder des Klubs des Bundes d. Landwirte.

150. Zu diesen 150 kommt noch die Stimme eines Ruthenen und diese 150, bzw. 151 Stimmen allein genügen bereits für die Annahme des Zollantrages. Denn von den 300 Abgeordnetenmandaten sind derzeit 209 besetzt. Von diesen 209 sind noch Abg. Smeral und Abg. Suchla, die beide beurlaubt sind, abzurechnen, so daß in Wirklichkeit nur 207 Stimmen in Betracht kommen. Mögen also 146 bzw. 147 Abgeordnete dagegen stimmen oder gar nicht anwesend sein, — 150 Stimmen, also die Mehrheit von 207, ist bereits dafür und somit ist das Schicksal der Zollvorlage entschieden, ohne daß es auf die Stimmen der Christlichsozialen Abgeordneten darauf ankäme!

Daß 150 bei 300 eine Mehrheit ist, glaubt die „Deutsche Presse“ wohl selbst nicht. Die Tatsache, daß immer einige Abgeordnete fehlen, macht die Rechnung der Merkantil Presse nicht richtiger. Die fragliche Mehrheit wird eben durch die Möglichkeit, daß einige Abgeordnete fehlen, noch zweifelhafter und ein Gesetz läßt sich auf eine solche Mehrheit schon gar nicht aufbauen. Aber wozu denn vorausberechnen, was morgen geschieht, wir haben doch die entscheidende Abstimmung aus dem Senat, die uns gleich lehrt, wie es mit den Zahlen der „Deutschen Presse“ bestellt ist.

Im Senat haben 76 Senatoren für und 62 gegen die Zölle gestimmt. Unter der Mehrheit waren fünf Christlichsoziale. Der Senator Ledebur und die drei Merkantil Magyaren enthielten sich. Hätten die Christlichsozialen mit Ledebur und den magyarschen Merkantilisten gegen die Zölle gestimmt, so wäre das Verhältnis 71 zu 71 gewesen und der Antrag wäre gefallen.

Die Verantwortung liegt und lastet auf den Christlichsozialen. Daß sie sich ihrer bewußt sind und daß sie gern leugnen möchten, was sie getan, geht aus ihren Entschuldigungen und Ausflüchten deutlich hervor. Seltener soll ihnen die Demagogie der Zahlen nicht. Sie werden das andere Gesicht, das die geschehene Tat zeigt, nicht verstellen, das versprechen wir ihnen. Und wir halten unsere Versprechen!

Neue Faschistendemonstrationen in Prag.

Prag, 31. Mai. Nach der nationaldemokratischen Versammlung, die heute abends auf der Sophieninsel stattfand und die von zahlreicher Faschisten besucht war, kam es zu einem kleineren Zusammenstoß mit der Polizei. Diese hatte aus Sicherheitsgründen einen Umzug auf den Wenzelsplatz verboten. Trotz des Verbotes zogen ungefähr 200 Faschisten in geschlossenem Zuge unter fortwährenden Rufen „Es lebe der Faschismus!“ in die Nationalstraße. An der Ecke Bergstein wurden sie jedoch von berittener Polizei in die Seitengassen gedrängt. Einem Teil der Faschisten gelang es, bis auf den Wenzelsplatz zu kommen, wo sie jedoch gleichfalls von berittener Polizei zerstreut wurden. Während der Versammlung kam es im Garten der Sophieninsel zu einem Zusammenstoß einer faschistischen Stoßtruppe mit sozialistischen Parteimitgliedern. Bei einer Rauferei, wobei beide Parteien mit Stöcken aufeinander losschlugen, wurde ein Sozialist durch einen Messerstich im Gesicht verletzt.

Il Duce sacrosanto. Wie der Brünner „Lagesbote“ meldet, habe Mussolini durch den italienischen, also durch „seinen“ Gesandten in Prag beim Außenminister Dr. Beneš wegen der beleidigenden Ausdrücke, die einzelne Redner bei der letzten faschistenfeindlichen Versammlung auf der Sophieninsel über Mussolini gebraucht hatten, Vorstellungen erhoben. — Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf und ist interessiert, zu erfahren, ob diese

Meldung auf Wahrheit beruht und, wenn ja, ob und was der Herr von Italien geantwortet wurde. Daß er sich als solcher und als Satrapen wie nur irgendeine apostolische Majestät fühlte, geht nicht zuletzt aus der Art hervor, in der es jedes Wort über seine geheiligte Person so wie im Zustand von Ausmaß verfolgen und ahnden möchte. In seinem Größenwahn glaubt dieser Mussolini, von Rom aus bald einen sozialdemokratischen Redner im Wiener Parlament, bald einen antisemitischen Sprecher in einer Prager Versammlung zur Ordnung rufen zu können. Wir legen Wert darauf, daß dem „Imperator“, falls er wirklich durch seinen Gefandten „vorstellig“ geworden wäre, bedeutet würde, daß sein Imperium Grenzen hat, außerhalb derer man über ihn und es in aller gebotenen Offenheit sprechen kann.

An die falsche Adresse wendet sich das Prager christlichsoziale Zentralorgan mit seiner Antwort auf unseren Aufsatz „Judas Ischariot“, wo eine Behauptung des deutschschwarzen Agrarier-Silmer, die deutschbürgerlichen Kandidaten hätten sich schon vor den Parlamentswahlen zur Unterstützung der agrarischen Forderungen verpflichtet, festgehalten und kommentiert wurde. Die „Deutsche Presse“ faßt in ihrer Verlegenheit von einer „unlauteren Maché der Sozialdemokraten“ und behauptet auf Grund ihrer Informationen von „zuständiger Seite“, die christlichsozialen Wahlwerber hätten weber vor der Wahl im Jahre 1920, noch im Jahre 1925 ein Gelöbnis in die Hand des Herrn Silmer abgelegt. So weit, so gut. Wir fragen nun: Warum wendet sich das christlichsoziale Blatt mit diesen Behauptungen an uns und nicht an die Adresse des Herrn Silmer? Dorthin hätte es seine Beschwerde und seine Klage über die angebliche „unlautere Maché“ zu richten. Denn Silmer war es, der in der „Deutschen Landzeitung“ feststellte, die Organisation der deutschen Landwirte während habe von allen aussichtsreichen bürgerlichen Wahlwerbenden das schriftliche Versprechen eingeholt, daß sie sich „jederzeit für die Wünsche und Forderungen der deutschen Landwirte (Sprich Großagrarien) einsetzen werden“. Diese Feststellung der „Landzeitung“ war, wie aus dem betreffenden Aufsatz klar hervorgeht, unmittelbar an die Adresse der deutschen Christlichsozialen gerichtet, und zwar in einer Form, die auch die Wahlwerber des Jahres 1925 mit einschloß. Wenn sich die Christlichsozialen zu Unrecht angegriffen fühlen, so mögen sie sich gefälligst an den Urheber dieser politischen Nachricht wenden und dann wird die Deffenlichkeit gleich Klarheit erkalten, ob auf ihrer Seite oder auf Seite des Herrn Silmer eine „unlautere Maché“ (oder noch mehr) vorliegt. Uns aber mögen sie gefälligst außer Spiel lassen, so lange sie sich die Angelegenheit nicht im häuslichen Kreise der Zoll-Kongruanter ausgetragen haben. Bis die Sache dort Klar gestellt ist, wo sie allein klar gestellt werden kann, nämlich zwischen der christlichsozialen Partei und dem Herrn Silmer, sind wir bereit, darüber weiterzureden.

Abd el Krim in Gefangenschaft.
Paris, 30. Mai. Die Blätter melden, daß Abd el Krim mit seinem Onkel und Bruder in Taza eingetroffen ist. Er wurde dort ohne jegliche Zeremonien empfangen und es wurde ihm sofort eine Wohnung angewiesen. Die Blätter melden weiters, daß Abd el Krim als Kriegsgefangener betrachtet werden wird.
Die Unterwerfung der Stämme schreitet fort. Heute früh vereinigte sich die zweite und vierte französische Division am Aulai-Fluß, womit praktisch der Zugang zum ganzen Gebiete der Beni Zermal gegeben ist.

Neue Wirren in China.
London, 31. Mai. Meldungen aus Schanghai zufolge, haben sich fünf südlich von Peking gelegene Provinzen als selbständiger Staat erklärt. Es sind dies die Provinzen Kiangsu, Kiangsi, Anhwei, Tschekian und Fuchien. Als Hauptstadt wurde Schanghai erklärt. Der an der Spitze dieser Aktion stehende ehemalige Gouverneur der Provinz Kiangsu Suntschuanan war, den „Daily News“ zufolge, noch vor zwei Jahren Infanterist, heute werde er für einen der fähigsten Männer von allen Chinesen angesehen. Den „Times“ zufolge ist der Gouverneur geneigt, die Regierung in Peking zu unterstützen, wird sich aber nicht in ihre Angelegenheiten einmischen und auch nicht dulden, daß sie sich in die Angelegenheiten seines Staates einmengen. Die öffentliche Meinung Chinas soll seinen Schritt allgemein billigen.

Rundfunk für Alle!
Programm für morgen Mittwoch.
Prag: 11.30, 12, 14, 17.45, 18.15, 20, 22 Nachrichten, 16.30 Konzert, 17.30 Märchen für Kinder, 19 Deutsche Arbeiterkundung: Redaktorz Genosse Dr. Emil Franzel „Die Bedeutung der Schlacht bei Königgrätz“, 20.02 Lustiger Abend. — Brunn: 14.30, 18 Nachrichten, 17.40 Kinderstunde, 18 Landwirtschaft. Rundfunk, 18.20 Vortrag, 19.15 Einführung zu der Oper: Die Brandenburger in Böhmen, 19.30 Opernübertragung aus dem Nationaltheater in Brunn „Die Brandenburger in Böhmen“ von V. Smetana. — Wien: 16.15 Leichtes Nachmittagskonzert, 17.15 Die Geschichte vom hölzernen Henkele, 20 „Z. Kullerl“, Volksstück von Karl Morze; Leichtes Abendmuffel. — Berlin: 20.30 „Der gestohlene weiße Elefant“ von Mark Twain; erzählt von M. Maur. — Leipzig: 16.30 Dresden: Deutsche Sagen, 19.30 Prof. Dr. Witkowski: „Geschichte des deutschen Dramas und des Theater“.

Der Oberste Gerichtshof hebt ein unfinniges Urteil auf.

Die Ehrenbeleidigungsklage der Warnsdorfer Geistlichen gegen die „Brennerei“.

Brünn, 31. Mai. Der Oberste Gerichtshof hat heute ein Urteil aufgehoben, das mit Recht einen Proteststurm in der Presse des In- und Auslandes hervorgerufen hatte, dessen Kasierung freilich in einem Rechtsstaate eine Selbstverständlichkeit bedeuten muß, denn das Urteil, das das Schöffengericht in Pöhm-Leipa am 15. Juli 1925 gefällt hat, war von einer solchen Ungeheuerlichkeit, daß keine Unhaltbarkeit auch bei oberflächlicher Betrachtung sofort in die Augen springt.
26 katholische Geistliche aus dem Warnsdorfer Gebiet fühlten sich durch acht Karikaturen beleidigt, die im Feber 1925 in der Faschingszeitung unserer Partei, der „Brennerei“, erschienen waren. Diese Karikaturen waren „Bläffereien im Sprichwort und Volkswitz“ betitelt und der Wiener „Deutschrad“ entnommen, was doch eine besondere Absicht gegen die Warnsdorfer Geistlichkeit von vornherein ausschließt. Die Bilder stellten Mönche, Nonnen und Geistliche dar, unter denen verschiedene ganz allgemein gehaltene Aufschriften standen. Tugend eine Anspielung auf die Kläger, ja auf irgend eine besondere Person überhaupt, kamen nicht vor. Der Herausgeber, Genosse Josef Cger jun., wurde, wie wir seinerzeit berichteten, zu 14 Tagen Arrest oder 1000 Kronen Geldstrafe bedingt verurteilt. Gegen dieses Urteil, das auf Grund des Paragraph 1 der Preßgesetznovelle und des Paragraph 491 des Strafgesetzbuches erfolgte, erhob Genosse Cger selbstverständlich die Nichtigkeitsbeschwerde.
Heute hatte sich ein Senat des Obersten Gerichtshofes unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Gazda mit dieser Nichtigkeitsbeschwerde zu befassen, die Genosse Dr. Emil Czech in Vertretung des Beklagten begründete. Er verwies einleitend darauf, daß dieses Urteil ein Unikum darstelle, dessen Aufrechterhaltung ganz unmögliche Konsequenzen für die gesamte Presse hätte. Das Urteil weist eine Reihe formaler Mängel auf. Es führt für entscheidende Tatsachen keine Gründe an, ergeht sich dagegen in Ausfällen, die an einem Urteil ganz ungewöhnlich sind. So nennt es die inkrimierte Stelle „... ein schmutziges Pamphlet,

das den Stand der Geistlichen in den Not zerren“ und so weiter. Vor allem fehlt die Verstellung einer Relation zwischen den Bildern und den Klägern, deren gar nicht bestehende Klagelegitimation vom Gerichtshof nicht geprüft wurde. Mit den Abbildungen war nicht ein einziger der Kläger gemeint und sie waren auch nicht geeignet, die Standeschre der Geistlichen zu verletzen, wie von klägerischer Seite behauptet wird, da das Gesetz eine besondere Standeschre nicht kennt. Bei konsequenter Verfolgung dieses Prinzips wäre jeder Priester der ganzen Welt zu einer Klage in diesem Falle legitimiert. Der Fall ist weit über Warnsdorf hinaus von prinzipieller Bedeutung, da die Nichtkassierung dieses Urteils das Ende jeder Karikatur bedeuten würde; deshalb wird beantragt, das Urteil aufzuheben. Der Vertreter der Privatkläger, Dr. Haas, verlangte die Abweisung der Nichtigkeitsbeschwerde.
Nach einstündiger Beratung wurde das Erkenntnis verkündet, durch das das Urteil des Leipziger Gerichtes aufgehoben und eine neuerliche Verhandlung angeordnet wird. In der Begründung wird gesagt, daß das Urteil schon deshalb nichtig ist, weil das Gericht nicht die Frage nach der Legitimation der Kläger gestellt habe. Eine Beleidigung der Kläger konnte nur dann vorliegen, wenn in den Karikaturen und dem dazu gehörigen Text eine deutliche Anspielung auf gewisse lokale Verhältnisse enthalten und ein gewisser Kreis von Personen gemeint worden wäre. Das ist im vorliegenden Falle nicht geschehen und ein Zusammenhang zwischen den Klägern und der Satire konnte vom Gericht nicht hergestellt werden, so daß das Gericht von einer ganz falschen Rechtsansicht ausging.
Die Aufhebung dieses Urteiles seitens des Obersten Gerichtshofes muß als ein Sieg des Rechtsgedankens begrüßt werden. Es ist unausdenkbar, zu welchen Weiterungen die Bestätigung des Leipziger Urteiles geführt hätte; es bedeutet durchaus keine Unterwerfung, wenn man behauptet, daß damit das Ende jeder Karikatur und Satire gekommen wäre.

Tagesneugierigkeiten.

Rühlet zum Kindertag.

Große Veranstaltungen haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn rechtzeitig mit den Vorbereitungen begonnen wird. Das gilt im allgemeinen, gilt aber besonders für solche Feste, die sich erst einleben, ihren Platz im Leben der Menschen erobern müssen. Soll unser zweiter Kindertag erfüllen, was wir nach dem Verlauf des ersten erhoffen, dann muß in den paar Wochen, die uns noch von ihm trennen, mit Hingebung und Begeisterung gearbeitet werden.
Nicht bloß bei den „Kinderfreunden“, sondern in allen Organisationen. Der Kindertag ist eine Veranstaltung der Gesamtpartei, bei der alle Genossen und Genossinnen mitzuhelfen haben. In Bezirken, wo die „Kinderfreunde“-Bewegung bereits entsprechend stark ist, wird sie ja selbstverständlich die Hauptarbeit leisten. Der „Tag des Kindes“ soll aber vor allem auch in jenen Gebieten gefeiert werden, in denen es noch keine Erziehungsorganisationen für unsere Arbeiterkinder gibt. Hier müssen die Partei-Bezirksleitungen die Initiative ergreifen und zusammen mit allen bestehenden Parteiorganisationen den Festtag zum Auftakt für die noch fehlende Erziehungsbewegung gestalten.
Nach den Erfahrungen des vorigen Jahres ist den Organisationen zu empfehlen, das Fest bezirksweise zu veranstalten. Es wurden damit sehr schöne Erfolge erzielt. Voraussetzung ist allerdings, daß sich die Bezirksleitungen rechtzeitig mit den Lokalorganisationen in Verbindung setzen, ihre Mitwirkung sichern und alle Vorbereitungen im Einvernehmen mit ihnen treffen.
Das Fest selbst soll aus zwei Teilen bestehen: Zuerst die eigentliche Feier — etwa von 3 bis halb 5 Uhr nachmittags — dann ab 5 Uhr ein festliches Spielfest für die Kinder. Ueber das Programm beider Teile wird in einem weiteren Artikel noch ausführlich geschrieben werden. Bei schönem Wetter soll die Veranstaltung, besonders das Kinderfest, im Freien stattfinden. Selbstverständlich muß aber auch für den Fall ungünstiger Witterung vorgesorgt werden. Wichtig ist, daß eine entsprechende Anzahl von Genossen und Genossinnen bereit gestellt werden, die bei den Spielen mitwirken und für die Pause sorgen. Das Gelingen von Kinderfesten hängt wesentlich auch von den Erwachsenen ab, die sie leiten.
Zum Schluß ein Wort an unsere Kulturorganisationen. Im Vorjahre haben Frauen und Jugendliche, Arbeiterturner und Arbeiterfänger, Naturfreunde und Freizeidner wesentlich zum Gelingen unseres Kindertages beigetragen. Es ist zu hoffen, daß sie auch heuer tatkräftig mitwirken und mithelfen, damit der 27. Juni ein Tag des Erfolges werde, nicht nur für unsere Erziehungsbewegung, sondern für alle unsere Organisationen.

Behördlich nebuldete Schweinerei.
In Dallwitz bei Karlsbad wurde im Jahre 1924 eine Weinkellerei eröffnet. Der damalige Inhaber Vinzette Verghen und später Arthur Rossi haben versucht, eine Konzession für einen öffentlichen Weinschank zu erhalten. Ohne eine be-

hürdliche Erledigung abzuwarten, wurde ein öffentlicher Weinschank eingerichtet und betrieben. Von der Gemeinde Dallwitz und auch von der Genossenschaft der Gastwirte wurde ununterbrochen bei der Behörde wegen Einstellung dieses Betriebes interveniert, bisher freilich vergeblich. Der ganze Ort ist besonders an Sonntagen der Schauplatz der widerlichsten Szenen, deren Urheber die volltrunkenen Besucher dieser Giftdöle sind. Verhaftungen infolge gewalttätiger Ruhestörungen, Ständale in allen Gasthäusern durch solche Betrunkene, Zerwürfnisse in den Familien sind an der Tagesordnung. Es wurden nachgewiesenermaßen 13jährige Schulfrauen als Kellnerinnen verwendet und dem Verbrechen in die Arme getrieben. Arbeiterkinder sind es natürlich, die den schwersten sittlichen Gefahren ausgesetzt sind und Kinder sind Augenzeugen der häßlichsten Szenen, die sich bei hellichtem Tage in der Umgebung dieser Giftdöle abspielen. Die Gemeinde forderte eine Kellnerinspektion und im vergangenen Jahre ist auch ein Kellnerinspektor aus Reichenberg erschienen, der eine ziemliche Anzahl von Weinschänken und auch zehn Häuser beschlagnahmte. Als jedoch die Vertreter der politischen Bezirksverwaltung erschienen, war der Wein, der nach Aussage des Inspektors so schlecht war, daß Ratten an ihm zugrunde gehen mußten, bereits verkauft. Der Kellnerinspektor hatte weiter festgestellt, daß auf den mit Habern verstopften Spundlöchern fingerlange Schnecken herumkrochen. Die Weinsässer stehen in Drecksfützen und es mühten Pfosten gelegt werden, damit die Besucher des Kellers in diesem Morast nicht umkommen. Die Inhaber haben keine Konzession zur Ausübung ihres Gewerbes. Die politische Bezirksverwaltung in Karlsbad weiß um diese Dinge, duldet aber die Schweinerei und hat bisher nicht mehr dagegen unternommen als die Verhängung einer Ordnungsstrafe von 100 Kronen. Es ist also notwendig, daß hier die Oberbehörde eingreift.

Selbstmord.
Von R. B.
Auf blühender Wiese, mitten in Blumenpracht und Sonnenglanz, zwischen tausendfältiger Lebensfreude wirtschernder Vögel, surrender Bienen und schwirrender Käfer liegt still, unbewegt, ein bleicher, junger Mann, in tiefem Schlaf. — Nur ein vertrockneter kleiner Blutstropfen an der schönen, edlen Stirne verrät, daß der Schläfer nicht mehr erwachen wird.
Neugierige sammeln sich um den Selbstmörder. — Stimmen werden laut, Kritiken abgegeben, Meinungen ausgetauscht. Weist abgedroschene Redensarten, deren Refrain immer wieder in die Worte Gottlosigkeit, Leichtsin, Dummheit, Feigheit, Zug der Zeit ausklingt. All diesen liebevollen, teilnahmebezüglichen Refrögen antwortet ein leises Hohlnächeln um die zusammengepreßten, schmalen Lippen, die ihre Lebensäußerung stumm zu Grabe getragen, klingt schweigend nur ein Sinn entgegen: „überstanden“.
„Überstanden“ — ein Wort — das einen langen Leidensweg über Berge von Hoffnungen, Abgründe von Enttäuschungen mit einem kurzen Anallekt abschließt.
Mai ist's — blühender Mai — Wonnemond — der Monat der Selbstmörder.
Das Barometer, das die Zahl der täglich

„freiwillig“ aus dem Leben Geschiedenen anzeigt, steigt zu schwindender Höhe. „Freiwillig“ — aber wie die meisten landläufigen Ausdrücke, welche den Vortschay dieses traurigsten aller Lebenskapitel erschöpfen. Kein Mensch scheidet freiwillig vom Leben. Ungehauer ist der Zwang, der meist die Lebensentscheidungen zum Verzicht auf „das Leben“ bewegt. Katastrophale seelische Gewitter von orkanischer Gewalt haben vorher das Innere zerlegt und vernichtet, bis ein kleiner Stoß die Waage zum Klippen bringt.

Wie immer die Motive sein mögen, ob unglückliche Liebe oder Not, Angst oder Elend vor der grauen Wirklichkeit die Flucht aus dem Leben veranlassen, immer ist Selbstmord die Folge sozialer Hemmungen, unerträglich gewordener Lebensformen und alle geringfügigen Phrasen, mit welcher die Gesellschaft den Jwang dieser letzten Nothilfe zu verdammen sucht, beschönigen nicht ihre Schuld, durch welche ein Menschen schicksal nach trostloser Marter zum gewaltsamen Abschluß gebracht wurde.

Engherzigkeit — mit ein Merkmal unserer delatenten Zeit. Sieghafte Rohheit und Brachialgewalt haben längst alle Teilnahme an fremdem Schicksal erstickt, jegliches Mitgefühl verstümmelt gemacht. Himmelschreiende Not oder stummes Glend sind Quellen höheren Selbstgefühls, fremdes Leid und fremder Schmerz nur Reizstoffe zur Stärkung eigenen Bewußtseins. Zwischen Langmut und Reizdorn pendeln die Gewinner des europäischen Kulturkulturreis unaufföhrlich an entworfenen Exzistenzen, vernichteten Schicksalen vorüber, und registrieren die Opfer ihres hastenden Treibens höchstens noch in Gerichtsakten und Zeitungsnovellen, die sie mit dem Frühstücks-kaffee verschlingen, voll Begierde, darin Namen Bekannter zu finden. . . .

Der Internationale Jugendkongreß hat in seiner heutigen Schlußsitzung beschlossen, im Frühjahr 1927 eine Führerkonferenz in Kopenhagen und den nächsten Jugendtag 1929 in Wien abzuhalten. Zum ersten Vorsitzenden der Jugendinternationalen wurde Karl Heinz (Wien) gewählt.

Vor einem Kampf der österreichischen Mittelschullehrer. Am Samstag hat eine Deputation österreichischer Mittelschullehrer den Bundesbehörden eine Reihe von Forderungen überreicht. Die Mittelschullehrer erklären sich bereit, bis Mittwoch auf eine Antwort zu warten. Die Mittelschullehrer sind gezwungen, in den Kampf zu treten, weil sie durch das Gehaltsgesetz vom Jahre 1924 schwer benachteiligt wurden. Falls es zur Arbeitseinstellung kommen sollte, dürfte der Streik lädenlos sein, weil dem Verband fast alle Mittelschullehrer angehören.

Sechs Personen ertrunken. Ein Ruderboot des „Marinevereines Hamborn“ ist Sonntag nachmittags auf dem Rhein unter einem Schlepplapp geraten und gekentert. Das Boot war mit fünfzehn Personen besetzt, von denen nur neun Personen von der Besatzung des Schlepplappes gerettet werden konnten. Sechs Personen, darunter zwei Damen, sämtliche aus Hamborn, sind ertrunken.

Beim Angeln von einem Flugzeug verlegt. Die Berliner Blätter aus Rheinsberg berichten, stürzte Sonntag nachmittags ein Flugzeug aus 200 Meter Höhe in den Grienerichsee. Während der Pilot und seine beiden Fahrgäste nur unbedeutende Verletzungen erlitten, wurde ein Angler, der von dem Flugzeug gestreift wurde, am Kopfe schwer verlegt.

Internationale Schauspielerkonferenz. Vom 22. bis 26. Juni findet in Berlin die erste internationale Schauspielerkonferenz statt, zu der Vertreter sämtlicher Kulturnationen eintreffen werden. Als besonders wichtig wird bei den Verhandlungen die Organisation eines internationalen Schauspieleraustausches durch Gastspiele sein.

Beinflussung des Geschlechts durch Röntgenbestrahlung. Professor Hill in London hat schon seit längerer Zeit Versuche unternommen, den Einfluß der Röntgenstrahlen auf die Geschlechtsbestimmung festzustellen. Schon seit langem ist bekannt, daß durch eine intensive Bestrahlung mit Menschen und Tieren Unfruchtbarkeit hervorgerufen wird. Hill bestrahlte nun eine Reihe von Mäusen mit Röntgenstrahlen, die aber sehr schwach genommen wurden, um die Geschlechtsdrüsen nicht abzutöten. Nur die männlichen Mäuse wurden zehn Minuten lang der Bestrahlung ausgesetzt und dann mit unbefruchteten weiblichen Mäusen zusammengebracht. Es stellte sich heraus, daß in diesen Fällen fast nur männliche Junge zur Welt kamen. Wurden aber die bestrahlten Mäuse erst eine Woche nach der Behandlung mit den Weibchen gepaart, so trat das Gegenteil ein und die weibliche Nachkommenschaft überzog. Bei noch längerem Warten nach der Bestrahlung ergab sich wieder ein normales Verhältnis von männlichen zu weiblichen Jungen. Hill beabsichtigt nun seine interessanten Versuche bei höher stehenden Säugetieren fortzusetzen.

Kurzschluß durch ein Vogelneß. In einem der Magazine des Innsbrucker Westbahnhofes entstand kürzlich ein Brand, der rasch gelöscht werden konnte. Als Ursache wurde Kurzschluß an der elektrischen Lichtleitung festgestellt, und zwar an jener Stelle der Decke, wo sich ein Rotkehlchenpaar ein Nest gebaut hatte. Das Material zu dem Vogelneß war mit der Leitung in Berührung gekommen, wodurch Kurzschluß und in der Folge ein Brand entstanden war, dem natürlich auch die ganze Brut des Vogelneßes zum Opfer fiel.

In Südtirol tauchen Bären auf. Wie aus Bozen gemeldet wird, sind im Mortellatal zwei Bären gesichtet worden, ein junger und ein alter, von denen der alte, ein Weibchen, erlegt wurde.

Dörferkrieg wegen eines Maibaumes. In den mehrheitlich katholischen Gemeinden Holeschin und Ruzich kam es zu einem Krieg, bei dem aus Mörkern und Gewehren geschossen, Handgranaten und Steinblöcke geworfen, im Nahkampf mit Stöcken herumgeschlagen wurde. Es floß Blut und es gab viele Verletzte. Ueber die Ursache dieses Krieges wird berichtet: Die Ruzicher Dorfbewohner hatten inmitten des Dorfes einen schönen Maibaum aufgestellt, den ihnen in einer finsternen Nacht die Holeschiner stahlen. Schon in der nächsten Nacht schmiß die Ruzicher Gemeinde den Holeschiner Dorfbewohner. Als das Einschreiten des Ruzicher Bürgermeisters bei seinem Kollegen ohne Erfolg blieb, beriefen die Ruzicher ihre Schützlinge unter die Waffen und in der Nacht wurde der Maibaum gegen Holeschin unternommen. Nach Mitternacht begann das Bombardieren der Dächer und das Vorbringen gegen den Dorfplatz, auf dem sich zwischen beiden Parteien ein Kampf auf Leben und Tod entwickelte. Am nächsten Tage wurde zwischen den beiden Gemeinden auf Einschreiten der Gendarmerie ein Waffenstillstand abgeschlossen. Die ganze Angelegenheit wird in den nächsten Tagen vor dem Kreisgericht in Ruzich verhandelt. Insgesamt wurden 40 Personen mehr oder minder schwer verletzt.

Politische Häftlinge erschlagen einen inspiszierenden Polizeidirektor. Der Kommissar der indischen Polizei in Kalkutta wurde während eines Besuchs im Zentralgefängnis in Allahabad ermordet. Als der Kommissar durch einen Gang schritt, in dem mehrere politische Gefangene ihren täglichen Spaziergang machten, wurde er von mehreren Häftlingen überfallen, während andere den anwesenden Gefängniswärter festhielten. Der Wärter konnte trotz der Ueberzahl der Angreifer durch Pfeiffersignale andere Gefängnisbeamte herbeirufen, doch fanden diese den Kommissar bereits im Blute schwimmend und sterbend auf.

Wegen einer Krone die Schwester erschossen. In Goya in Mähren ist dieser Tage die fünfzehnjährige Marie Skocjovskya an einer schweren Verletzung gestorben, welche ihr von ihrem dreizehnjährigen Bruder beigebracht wurde. Zunächst glaubte man, daß es sich um einen Unfall handelte, die gerichtliche Untersuchung ergab aber, daß der Bruder die Schwester wegen eines Streites um eine Krone erschossen hatte. Der Bruder hat bereits mehrere Diebstähle auf dem Gewissen und wurde vor kurzer Zeit bestraft, weil er seinen Eltern den Betrag von 600 K entwendete.

Wieder eine Elementarkatastrophe in Japan. Mittel- und Westjapan ist erneut von einer Naturkatastrophe heimgesucht worden. Heftige Wolkenbrüche haben dort überall großen Schaden angerichtet und einen großen Teil der Ernte vernichtet. Neben den Sachschäden sind auch bis jetzt 11 Menschenverluste zu beklagen. Da fast sämtliche Verbindungen mit dem betroffenen Gebiet und besonders mit der Provinz Hiroshima, wo ein Erdsturz mehrere Dörfer bedroht, unterbrochen sind, rechnet man noch mit einer beträchtlichen Erhöhung der Verlustliste.

Ziehung der Klassenlotterie. Bei der heutigen Ziehung der Klassenlotterie am Montag wurden die Zahlen 71 und 94 ausgelost. 70.000 K gewinnt 3471. 10.000 K gewinnen: 39471 201771 112471. 5000 K gewinnen: 198471 54071 78171 158471. 10071 57071 1971 83271 5171 8271 60471 197671 122171 135771 87394 121694 219594 150194 214694 36094 238594. 2000 K gewinnen: 87071 147771 76471 132371 65771 65771 50671 162771 193171 17071 38971 222371 73371 104194 151794 13494 125594 62994 174194.

Das Abspringen von der Elektrischen. Sonntag nachmittags sprang in Prag auf dem Wenzelsplatz von der rückwärtigen Plattform eines elektrischen Wagens die 81jährige Witwe Josefina Wenzlich ab, stürzte und kam unter die Räder des Schlepplagens zu liegen. Sie erlitt einen Schädelknochenbruch und war sofort tot.

Meteorsteine. Hin und wieder hören wir davon, daß größere Gesteinsblöcke, Meteore genannt, aus dem Weltraum auf die Erde niederfallen. Die astronomische Forschung hat festgestellt, daß diese Meteore sich aus den Stoffen der Kometen zusammensetzen, also zusammengeballte Metallteilchen sind, die in unser Sonnensystem hineingeraten und, wenn sie in die Nähe der Erde kommen, von dieser angezogen werden. Solche Steine gibt es von der verschiedensten Größe und Schwere. Bis jetzt sind etwa 150 Meteoritenblöcke größeren Umfangs bekannt geworden. An der Westküste von Grönland hat man drei Blöcke im Gewicht von 28.000, 10.000 und 4500 Kilogramm gefunden. Ein anderer sehr stattlicher Meteoritenblock, der in Broeklyn aufbewahrt wird, ist dreieinhalb Meter lang, je zwei Meter breit und wiegt 37.500 Kilogramm. In Nordamerika fand man bei Oregon einen Meteor im Gewicht von 10.000 Kilogramm. Nicht selten ist auch der Niedersturz von kleineren Meteoriten. Ein wahrer Meteoritenregen ergoß sich einmal über die Normandie in Frankreich. Auf eine Fläche von 10.000 Quadratkilometern fielen fünf bis sechs Minuten lang unter donnerartigen Geräuschen Meteorite hernieder, darunter solche im Gewicht von acht bis neun Kilogramm. Auch bei Braccia in Oberitalien stürzte im Jahre 1883 ein vier Zentner schwerer Meteor unter gewaltigem Donner hernieder. Menschenleben sind bei solchen Gesteinsregenen merkwürdigerweise noch niemals umgekommen.

Wetterübersicht vom 31. Mai. Nach zwölfstündiger Unterbrechung stieg in Prag die Temperatur über den normalen Stand. Auch in den übrigen Gegenden der Republik war es mäßig warm; nachmittags wurden meist 20 bis 23 Grad bei vorwiegend heiterem Himmel abgelesen. Die Niederschläge waren auf unbedeutende Schauer in der Ostslowakei beschränkt. In Westböhmen umso es sich jedoch noch Sonntag abends unter Einwirkung einer neuen

Störung und in Oger fiel in der Nacht auf Montag etwas Regen. Montag früh trat auch im übrigen Böhmen nach einer warmen Nacht eine Trübung ein. Im Osten ist es noch vorwiegend heiter, bei durchschnittlich um 5 Grad tieferen Nachttemperaturen als in Böhmen. — **Wahrscheinliches Wetter von Dienstag:** Veränderlich, vereinzelt Gewitterschauer, mäßig warm.

Himmelsercheinungen im Juni.

Nicht gar zu lange dünkt es uns her zu sein, daß das schönste unserer Sternbilder, der Große Jäger Orion, am nördlichen Himmel stand, mit dem hellstehenden Sirius links darunter. Schon aber ist die Sonne an diese Stelle des Firmaments gewandert und wird uns Ende Juni mit ihrer „Hundstagshitze“ wieder an jene Gestirne erinnern. Am 21. des Monats erreicht sie ihren höchsten Stand, wechselt vom Zeichen der Zwillinge in das Zeichen des Krebses hinüber, um, nun wieder rückwärts und abwärts schreitend, im „Krebsgang“ langsam der Winterstellung zuzustreben. Wie im Dezember die Jupiterschleife, so leuchten um Johann die Sonnenwendfeuer.

Von den Planeten kommt Merkur am 4. Juni in obere Konjunktion zur Sonne und wird erst gegen Monatsende am Abendhimmel wieder sichtbar. — Venus ist Morgenstern und geht ständig um 2 Uhr nachts auf, also knapp zwei Stunden vor Sonnenaufgang.

Mars in den Fischen erscheint anfangs um 1 Uhr nachts, später jedoch schon um Mitternacht. Am 12. Juni bildet er mit Uranus zusammen einen „Planetendoppelstern“, ähnlich wie im Mai Venus und Uranus, nur daß der Farbgegenstand (Mars rötlich, Uranus grünlich) hier den am Sternenhimmel überhaupt möglichen Höhepunkt erreicht. Da die beiden Planeten dann nur 1 1/2 Bogengrade, d. h. 3/4 Vollmondbreite Abstand voneinander haben, sind sie im Feldglas und auch im kleinen Fernrohr bei 20-25facher Vergrößerung gemeinsam im Gesichtsfeld.

Jupiter im Wassermann kommt zum Stillstand; lediglich infolge der scheinbaren Sonnenbewegung verringert sich seine Aufgangszeit von der Mitternachtsstunde zu Anfang bis gegen 10 Uhr am Ende des Monats. — Saturn in der Waage bleibt noch rückläufig und geht anfangs um 3 Uhr, schließlich jedoch schon um 1 Uhr früh unter. Bei Sonnenuntergang steht er im Südwesten bzw. Süden. Sein größter Mond Titan erreicht am 2. und 18. Juni seine größte östliche und am 10. und 26. die größte westliche Abweichung vom Planeten. Hat man ihn auf diese Weise einmal im Fernrohr aufgefunden, so mache man den Versuch, ihn möglichst viele Tage hintereinander zu verfolgen und seine Ortsveränderungen festzustellen. (Aufzeichnen!) — Neptun im Löwen ist nur noch kurze Zeit am Abendhimmel sichtbar.

Unser Mond zeigt am 3. Juni sein letztes Viertel, am 10. ist er als Neumond unsichtbar, erreicht am 18. das Erste Viertel und leuchtet am 25. als Vollmond. In dieser Stellung verfolgt man seine Bahn genau, die der Sonnenbahn um die Weihnachtszeit entspricht.

Am Fixsternhimmel heben sich um diese Jahreszeit die Figuren der Sternbilder deutlicher heraus, weil die schwächeren Sterne in den hellen Nächten mehr zurücktreten. In der 10. Stunde herrscht die Sommergruppe, also Schwan, Leber, Hercules, Krone, Bootes, den südlichen Teil des Himmels. Die Anordnung der Sternbilder lernt man im Sommer am besten kennen; unser Sternlärtchen, auf eine Postkarte geklebt, sollte man zu diesem Zwecke stets bei sich tragen.

(Aurt Rishauer, Jena.)

Volkswirtschaft.

Die Glasindustrie im Jahre 1925.

Schlechtere Beschäftigung zu Jahresende. — Die Maschinenarbeit. — Schwere Krise in der Schmudglasindustrie des Isergebirges. — Die amerikanische Konkurrenz. — Schlechte Aussichten für 1926.

Dem Jahresberichte des Zentralverbandes der Glasarbeiter entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die wirtschaftliche Lage für die Glasindustrie im Jahre 1925 war eine gute. Erst in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres haben sich Anzeichen für eine Wirtschaftskrise bemerkbar gemacht.

Die Hohlglasindustrie, als eine der größten Branchen, hatte für das erste Halbjahr einen sehr guten Geschäftsgang aufzuweisen, so daß wir volle Beschäftigung zu verzeichnen hatten und eine ständige Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften vorhanden war. Auch die Glasmalerei sowie die Erzeugnisse mit Gravierung fanden guten Absatz, bis im Herbst die neue Zollvorlage in Deutschland Gesetz wurde, welche dann eine bedeutende Erschütterung für diese Branche nach sich zog. Auch die Flaschenglasindustrie hatte zu Anfang des Berichtsjahres bessere Geschäftsmöglichkeiten, so daß für die ersten fünf Monate eine Exportsteigerung von 40 Millionen Kronen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres aufzuweisen war. Aber auch hier haben sich am Schlusse des Jahres infolge der oben angeführten Ursachen schlechtere Verhältnisse eingebürgert.

Ein besonderes Kapitel ist die Tafelglasindustrie, welche noch mitten darin in ihrer technischen Umwandlung steht, die zur Folge hat, daß die handverarbeitenden Tafelglasbetriebe immer mehr und mehr zurückgedrängt werden und nun schon zu 80 Prozent gekippt werden mußten. Dem gegenüber hat aber wieder die Maschinenarbeit für Tafelglasindustrie einen guten Geschäftsgang aufzuweisen, der das ganze Jahr

angehalten hat und welcher auch noch für längere Zeit als günstig bezeichnet werden kann. Die Hohlglasindustrie in der Tschechoslowakei ist zum Verhältnis nicht allzu groß und beschränkt sich auf drei Betriebe, welche beinahe das ganze Jahr normal beschäftigt waren und erst im November ist ein Defizit gelöst worden. Für Spiegelglas und optische Artikel kann man ebenfalls einen guten Geschäftsgang registrieren, welcher bis zum Schlusse des Jahres angehalten hat.

Die Luxus- und Schmudglasindustrie gerät nun wieder in eine ganze Reihe von Branchen, deren wirtschaftliche Verhältnisse verschiedenartig waren, indem zum Beispiel Luxusglas, soweit hier Barockgegenstände in Betracht kommen, das ganze Jahr gut beschäftigt war, währenddem die Luxus- und Schmudglasindustrie des Isergebirges im letzten Halbjahr eine schwere Krise durchzumachen hatte. Hier ist es besonders die Ringbranche, deren Arbeiterzahl von 1700 auf 400 zurückgegangen ist, sowie die Schiffsperlenbranche, wo nur die Hälfte der Arbeiterbeschäftigung fand, und die Schwarzglas- und Knopfbranche, die ebenfalls nur einen Bruchteil ihrer einstmaligen Arbeiterbeschäftigung konnte. In der Hohlglasperlenbranche war die ersten neun Monate die Beschäftigung gut und erst im letzten Vierteljahre wurden auch hier Freischichten eingelegt werden.

Als allgemeine Ursache für den Rückgang unserer Glasindustrie kann man die amerikanische Konkurrenz ansehen, weil dort im Verlaufe der letzten Jahre die Glasindustrie einen ungeheueren Aufschwung genommen hat und besonders die Produktion mit Maschinen kolossale Fortschritte aufweist. Ja, es kann schon konstatiert werden, daß für Massenartikel Amerika, einstmals ein großes Absatzgebiet, auf den anderen Märkten als Konkurrent auftritt und dieselben Waren, die bei uns noch veredelt werden und in handverarbeitenden Betrieben ihre Herstellung finden, in Amerika alles mit Maschinen hergestellt sind. Es ist hier wohl ein Unterschied in der Qualität aufzuweisen, der aber gerade bei Massenartikeln am Markte weniger eine Rolle spielt. Auch andere Ursachen, wie zum Beispiel die Zoll- und Handelspolitik, die große Steuerbelastung in der Tschechoslowakei, tragen mit zu der ungünstigen Situation bei, die wir am Schlusse des Berichtsjahres aufzuweisen hatten und die auch für das Jahr 1926 im verschärften Maße zu verzeichnen sind.

Das erste Jahresdrittel im tschechoslowakischen Außenhandel.

Das Aktivum der Handelsbilanz um 300 Millionen geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Während im März die Handelsbilanz der Tschechoslowakei mit 20 Millionen Kronen passiv war, ist sie im April zwar mit 202 Millionen

aktiv, aber diese Zahl darf uns über den ungünstigen Stand unseres Außenhandels nicht täuschen. Das Aktivum wird nämlich durch das starke Sinken der Einfuhr von 1531 Millionen im März auf 1170 Millionen im April herbeigeführt. Die Ausfuhr, die im März 1511 Millionen betrug, ist gleichfalls, und zwar auf 1349 Millionen zurückgegangen, wenn auch nicht so stark wie die Einfuhr. Besonders auffallend ist der Rückgang der Einfuhr bei Textilien, ein Anzeichen der Krise in der Textilindustrie.

Wie bedenklich die Entwicklung unseres Außenhandels ist, lehrt der einfache Vergleich der Ziffern der Handelsstatistik für die ersten vier Monate im vergangenen Jahre und heuer. Im Jänner bis April 1925 betrug der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr 745 Millionen, heuer jedoch nur 46 Millionen, der Rückgang beträgt also 45 Prozent.

Der Landarbeiterstreik in Mähren dauert fort.

50 Familien sollen auf die Straße geworfen werden.

Wir haben bereits über den Streik der Landarbeiter in Nordmähren berichtet. Den Arbeitern wurden die Naturalwohnungen überall gekündigt, die Verhandlungen über die Räumungsklagen, die Ende Mai stattfinden sollten, wurden überall verlegt. Am 28. Mai haben alle Geflügelten eine Zuschrift bekommen, daß sie entlassen sind. Zuerst werden also den Leuten die Wohnungen gekündigt, weil sie das Arbeitsverhältnis gelöst haben und dann gibt man durch ein Schreiben selbst zu, daß das Arbeitsverhältnis noch bestanden hat und wirft sie 14 Tage nach der Klage auf Wohnungsräumung aus der Arbeit heraus.

Um Streikbrecher zu bekommen, laufen die Agenten des Inspektors Kuthany aus Mähren in allen Dörfern herum und verbreiten die Lüge, daß der Inspektor die Forderungen der Landarbeiter bewilligen wolle, daß aber die Vertrauensmänner zu den Verhandlungen nicht erschienen sind. Der Kampfgeist der Arbeiterschaft ist aber groß, und es werden sich wenig Leute finden, die sich als Streikbrecher hergeben. Nur in wenigen Orten sind es ein paar deutschnationale Kleinbauern und Häusler, die die schmutzige Arbeit des Streikbrechers leisten.

Den Unternehmern geht es nicht um die Löhne. Der beste Beweis dafür ist, daß man den Streikbrechern 17 und 25 Kronen täglich zahlt. In dem Kampfe handelt es sich einzig und allein um die Organisation. Die Organisation der Landarbeiter ist es, welche die Herren Grundbesitzer daran verhindert, die Nordmähren Zustände einzuführen, die der Leibeigenschaft aufs Haar gleichen. Nur wenn die Arbeiterschaft treu zu ihrer Organisation steht, wird sie den schweren und grundrüttelnden Kampf gewinnen.

Turnen und Sport.

1. FC. Nürnberg in Prag.

Samstag und Sonntag gastierte in Prag nach sehr langer Pause der 1. FC. Nürnberg und man konnte konstatieren, daß die Nürnberger immer noch gute Schule besitzen, wenngleich die knappen Resultate auch manchmal das Gegenteil vermuten ließen. Sie pflegen ein schnelles, kräftiges Kombinationspiel, doch leiden sie genau so wie ein Großteil seiner Runds an der Unfruchtbarkeit des Sturmes, der in einigen Situationen vor dem Tore entweder zu wenig energisch oder ungenau im Schuß ist. Sonst besitzen aber die Nürnberger — speziell im Hinterspiel — dieselben vorzüglichen Eigenschaften, die den heimischen Mannschaften eigen sind: sicheres Ballabnehmen in jeder Lage, ein ungemein sicheres Zuspiel und sind auf gute Unterstützung der Verteidigung und Sturmes bedacht. Geradezu hervorragende Arbeit leistete an beiden Tagen die Verteidigung und Stuhlfaut im Tor, der noch immer nichts von seiner Kunst eingebüßt hatte. Es spricht gewiß für Stuhlfauts Können, wenn man ihn in beiden Spielen nur ein Tor aufhängen konnte, die andern erzielten waren Elfmeter, die ja bekanntlich schon im vorhinigen sichere Tore sind und auch ein Stuhlfaut nicht parieren kann. Kalb, der seinerzeitige Mittelflächer der Nürnberger spielte im Angriff und zeigte sich als guter Angriffsspieler, doch fehlt ihm der schnelle Zug nach vorn. Träg, der mit zu der alten Garde gehört, ist heute noch der gefährlichste Stürmer der ganzen Mannschaft und bildete mit seinem unheimlichen Schnelligkeit immer eine große Gefahr für das gegnerische Tor, doch verlor auch er des öfteren durch Zögern sehr aussichtsreiche Chancen. Als Ganzes genommen konnten die Nürnberger mehr als gefallen, trotzdem sie am Samstag stark unter der Ungunst der Witterung zu leiden hatten und am Sonntag einem Schiedsrichter ausgeliefert waren, der sie stark benachteiligte.

1. FC. Nürnberg gegen DFC. Prag 2:1 (1:0).

DFC. war Samstag der Gegner der Süddeutschen und konnte, obwohl vom Vortage ermüdet, ein gefälliges Spiel vorführen, doch wurde von der Angriffskräfte — wo man wieder einmal Vatel sah — ein ganz unfruchtbares Spiel betrieben und zum Schluß verfuhr man es, Stuhlfaut mit Weitschüssen beizukommen, was aber vollständig aussichtslos war. Das Spielfeld war schon zu Beginn des Spieles in Morast verandelt und mit zahlreichen Wasserpflügen bedeckt; für beide Mannschaften war dieser Umstand ein großes Handicap. Daß sich aber die Nürnberger auf diesem Boden doch bewegen konnten, spricht für ihre gute Kondition, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Süddeutschen lauter

schwere Gestalten sind. Der DFC. konnte bloß in der Verteidigung, und da besonders Weigelhofer gerecht werden. In der Halbfreie lieferte Kengebauer ein sehr schönes Spiel. Mahrer hatte schwere Arbeit, um mit Träg fertig zu werden und Krombholz zeigte als einziger „Vorzug“ ein unnötig hartes Spiel. Die Stürmer sind heute das Schmerzenskind der Blauweissen. Kannhäuser ist außer Form, Vek zu bequem, Seblacek zeigte großen Eifer und das war alles. Einzig Vatel und Bobor waren das treibende Element, die aber an der sicher arbeitenden Verteidigung der Nürnberger schwer vorbeikommen konnten. Die Nürnberger erzielten durch Kalb in der ersten Hälfte ein Tor, dem derselbe Spieler mit schönem Kopfschlag in der zweiten ein weiteres hinzufügte. DFC. errang seinen einzigen Treffer durch einen Elfer. Schiedsrichter Stipanovitch konnte befristigen.

Slavia schlägt 1. FC. Nürnberg 3:1 (1:0).

Sonntag hatte man allgemein erwartet, daß die Slavia die Nürnberger in Grund und Boden spielen, aber schließlich kam es doch anders. Die Nürnberger leisteten harten Widerstand und die Slavia mußte manchmal mit Hilfsmitteln verteidigen, die nicht gerade fair zu nennen sind. Das gilt besonders von Hojer und auch zeitweise von Seifert. Besonders Träg wurde von Hojer mehr wie unsanft behandelt. Slavia zeigte in der ersten Halbzeit einen weniger guten Einbruch in der Spielweise und errang knapp vor Schluß der Halbzeit den ersten Treffer durch einen — Elfer. Nach Wiederbeginn spielt die Slavia besser, was aber mehr auf das Konto der nachlassenden Hintermannschaft der Süddeutschen zu setzen ist. Und noch einiger Zeit konnte die Slavia ihren zweiten Treffer buchen: wieder ein Elfer. Mit diesen Vorsprung kam die Slavia mehr in Schwung und errang dann nach einer schönen Kombination an den herausgelassenen Stuhlfaut den dritten Erfolg. Die Nürnberger erkannten den Ernst der Situation und legen einen Hölletempo vor, doch immer fand sich noch ein Fuß, der den Ball vom hart bedrängten Slaviatore entfernte. Unzählige Chancen der Nürnberger wurden vor dem Tore durch Zögern verhand und endlich gelangt dem linken Flügel ein Torfuß, den Seifert vollends hineinbesorgte. Das Spiel nahm an Schärfe zu; dadurch hervorgerufen, daß der unfähige Schiedsrichter Jada die unzulässigen Regelwidrigkeiten Hojers ungenügend lieh und die Süddeutschen bei der geringsten Kleinigkeit streng bestrafte. Man mußte ganz zu Unrecht schade, daß dieses Spiel mit einem solchen Mißton endete. Slavia war nicht viel besser als Nürnberg und dem Spielverlauf nach wäre ein Unentschieden gerecht gewesen; Slavia hatte bloß mehr Glück und das langt bekanntlich zum Sieg. —H.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Turn- und Spielfest des Deutschen Vereines zur Pflege von Jugendspielen in Prag. Die im Verlaufe der letzten Wochen durchgeführten Wettkämpfe zeigten eine erfreuliche Beteiligung und hervorragende Leistungen.

DfC. Amateure gegen VfR. Bratislava 2:3 (2:0). Die Brschowitzer traten mit einer kombinierten Elf an. Die DfC-Amateure haben denselben Fehler wie ihre Profis.

Slavia gegen VfR. Bratislava 2:1 (0:1). Dieses Meisterschaftsspiel am Samstag als Vorspiel zum Treffen DfC-Nürnberg zur Austragung und entspricht der Sieg der Slavia nicht den tatsächlichen Leistungen.

Länderspiele. Oesterreich gegen Frankreich 4:1 (1:1). Sonntag in Wien ausgetragen. Die Oesterreicher zeigten ein mattes Spiel, so daß die Franzosen zu einem Treffer gelangten.

Weitere Fußballresultate. Prag. Viktoria Zizlov gegen CAFC. 8:1 (1:0), Meteor VIII gegen SK. Klado 4:3, SK. Liben gegen Oedie Karlin 1:1, Ruzelsky SK. gegen Oedie VIII 1:0, Union Bratislava gegen Union Zizlov 2:1, Cechoslowan. Ruzice gegen Oedie Smichov 6:0, VfR. Kolin gegen Slovan VII 6:2, SK. Krodchlowy gegen Rodlichy VfR. 2:0.

Ein Preis für die größte Aufopferung. Die Pariser „Academie des sciences memorales et politiques“ hat den 1894 „für die schönste und größte Aufopferung auf irgendeinem Gebiete“ gestifteten Audiffred-Preis im Betrage von 15.000 Franken dem Radiologen Maxime Menard zugesprochen.

Eintracht Frankfurt gegen Red Star 5:1 (3:0). — Red Star. Galoob Wien gegen Glants 2:1. Mit diesem Spiege schloß die Galoob ihre Amerika-Tournee und erlang in neun Spielen fünf Siege, zwei Unentschieden und verlor zwei.

DfC. gegen Sparta 0:2 (0:1). Das im Rahmen eines Turniers um den „Goldenen Pokal“ des tschechischen Staatsverbandes ausgetragene Treffen, verlor Freitag der DfC. bei gleichwertigen Leistungen.

Leichtathletik. Bei den ostdeutschen Kampfspiele in Breslau starteten auch tschechoslowakische Athleten und konnten vorzüglich abschneiden. 100 Meter: 1. König 11,2, 2. Jahn (Mor. Slavia), Douben, welcher bis 70 Meter mit an der Spitze war, stürzte und zog sich einen Muskelriß zu.

Wasserball. Dagibor gegen MR. Iomb 0:0.

Kleine Chronik.

Der Affenmensch. Der holländische Anthropologe Dr. Dammernann hat eine Untersuchung über das Problem des Orang Pendek oder Affenmenschen veröffentlicht, der noch in den Urwäldern von Sumatra vorkommen soll. Er steht der Frage äußerst skeptisch gegenüber und erinnert daran, daß bereits der Venetianer Marco Polo im 13. Jahrhundert das Vorhandensein dieser Affenart ins Gebiet der Fabel verwiesen hat.

Ein Preis für die größte Aufopferung. Die Pariser „Academie des sciences memorales et politiques“ hat den 1894 „für die schönste und größte Aufopferung auf irgendeinem Gebiete“ gestifteten Audiffred-Preis im Betrage von 15.000 Franken dem Radiologen Maxime Menard zugesprochen.

Bereitet den „Sozialdemokrat“.

Kunt und Willen.

Zweiter Gastspielabend Elisabeth Bergner. Sonntag abends gab es im fast ausverkauften Hause eine Premiere mit der Bergner: „Mrs. Cheney's Ende“ von Frederic Lonsdale, angeblich ein Lustspiel. Zutreffender wäre vielleicht die Bezeichnung Kriminalstück. Die Fabel des Stückes entspricht ungefähr den „Vortwürfen“ jener Detektivliteratur, die überall auf Schnitzbuchhandlungen erhältlich ist; etwa eine Uebersetzung eines Arsène Lupin aus dem Epischen ins Dramatische und aus der männlichen in eine mehr weibliche Welt.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riekner. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Hölzl

ewige Zeiten fest. — Mit Literatur und Dichtkunst hat das nichts zu tun. Aber die Geschicklichkeit, die Einfälle, der Witz und das gesellschaftskritische Talent des Autors haben daraus eine Komödie entstehen lassen, deren ununterbrochenen Ueberraschungen und Klüffeln man mit genügender Spannung folgt und die in ihren ständigen Exkursionen in die Gesellschaftssphäre des Publikums sicher ist. Je schlechter das Stück, desto stärker der Beweis, daß die Bergner alles zu obeln vermag.

Bibliotheken für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

LUXUS für ALLE. Eine Gewerbezeitung wirft uns vor, daß wir nicht genügend Herrenhalbschuhe zu K 79.—, für welche wir Reklame machen, am Lager haben, daß wir dagegen genügend Schuhe zu K 99.— haben. Wir teilen mit, daß wir gegenwärtig ausschließlich Herrenhalbschuhe zu K 79.— erzeugen und täglich 2000 Paar in den Verkauf geben. Heute sind alle unsere Verkaufsstellen mit diesen Halbschuhen genügend versorgt. Bata

Wir wollen annehmen, daß er diesmal nur aus Passion mitgespielt hat.

Gastspiel Frig Kortner „Ostpolzug“. Dienstag, den 8. d. M., steht dem Prager Theaterpublikum ein interessanter Theaterabend bevor, indem Arnold Bronnens eigenartiges Monodrama „Ostpolzug“ in der Inszenierung des Berliner Stadttheaters Leopold Jessner durch Frig Kortner zur Darstellung gelangt.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Dienstag abends halb 8 Uhr Gastspiel Ostwig-Rajdl „Der Zwerg“, „Violanta“; Mittwoch, Freitag und Sonntag halb 8 Uhr abends Gastspiel Sturm „Uchi“, Donnerstag halb 8 Uhr Gastspiel Ostwig-Rajdl „Madame Butterfly“, Samstag „Freischütz“, Montag „Hamlet“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag abends „Nidel und die 36 Gerechten“, Mittwoch „Der Sieger“, „Die Charakterlosen“, Freitag „Heimliche Brautfahrt“, Samstag und Sonntag „Spiel von Tod und Liebe“, Montag „Ramselle Ritouche“.

Bereinsnachrichten.

Freier Radiobund, Ortsgruppe Prag. Mittwoch, den 2. Juni, um 8 Uhr abends Versammlung im Verein deutscher Arbeiter, Smetlagasse 27. Bericht von der Hauptversammlung in Bodenbach. Vorher (um 7 Uhr) Abhören der deutschen Arbeiterzeitung beim Klubapparat.